

Die Linke – Kommunalwahlprogramm für Offenbach 2026

Inhaltsverzeichnis

<u>PRÄAMBEL.....</u>	3
<u>BILDUNGSGERECHTIGKEIT AN OFFENBACHER SCHULEN.....</u>	5
DIE LINKE FORDERT:.....	7
<u>BILDUNG FÜR ALLE IN OFFENBACH – EIN LEBEN LANG.....</u>	8
DIE LINKE FORDERT:.....	10
<u>UNSER OFFENBACH: SOLIDARISCH UND SORGEND</u>	11
DIE LINKE FORDERT:.....	12
<u>OFFENBACHER MIETER*INNEN ENTLASTEN</u>	14
DIE LINKE FORDERT:.....	17
<u>OFFENBACHS WIRTSCHAFT ZUKUNFTSFÄHIG GESTALTEN.....</u>	18
DIE LINKE FORDERT:.....	19
<u>NACHHALTIG, BARRIEREFREI UND GÜNSTIG UNTERWEGS IN OFFENBACH.....</u>	21
DIE LINKE FORDERT:.....	23
<u>OFFENBACHS STADTGRÜN ALS GEMEINGUT – KLIMASCHUTZ UND LEBENSQUALITÄT</u>	24
DIE LINKE FORDERT:.....	26
<u>DEMOKRATISCHE STADTGESELLSCHAFT: OFFENBACH ENTSCHIEDET GEMEINSAM.....</u>	27
DIE LINKE FORDERT:.....	27
<u>LEBENDIGE STADTTEILE IN OFFENBACH.....</u>	28
DIE LINKE FORDERT:.....	30
<u>FEMINISTISCHE KOMMUNALPOLITIK FÜR OFFENBACH.....</u>	31
DIE LINKE FORDERT:.....	33

<u>QUEERES LEBEN IN OFFENBACH.....</u>	35
DIE LINKE FORDERT:.....	36
<u>FÜR EIN KINDER- UND JUGENDGERECHTES OFFENBACH.....</u>	37
DIE LINKE FORDERT:.....	39
<u>FÜR EIN SENIORENGERECHTES OFFENBACH.....</u>	40
DIE LINKE FORDERT:.....	42
<u>OFFENBACH INKLUSIV UND BARRIEREFREI.....</u>	43
DIE LINKE FORDERT:.....	44
<u>DIGITALE SOUVERÄNITÄT FÜR OFFENBACH.....</u>	45
DIE LINKE FORDERT:.....	46
<u>OFFENBACHS FINANZEN IN EIGENER HAND.....</u>	47
DIE LINKE FORDERT:.....	47
<u>KUNST UND KULTUR IN OFFENBACH.....</u>	48
DIE LINKE FORDERT:.....	49
<u>EIN LEBENSWERTES OFFENBACH FÜR MENSCH UND TIER.....</u>	51
DIE LINKE FORDERT:.....	52

Präambel

Ob wir in der Kita arbeiten, einen Kiosk betreiben, erwerbslos sind, studieren oder Rente beziehen – Offenbach ist unsere Stadt und unser Zuhause. Hier haben wir uns ein Leben aufgebaut, ziehen Kinder groß und werden alt. Doch wir können uns unser Zuhause nicht mehr leisten. In den letzten Jahrzehnten sind die Mieten durch die Decke gegangen. Das ist das Ergebnis jahrelanger Politik, die den steigenden Mieten keinen Riegel vorgeschoben hat. Die jeweilige Stadtverwaltung konzentriert sich stattdessen seit Jahren auf die Besserverdienenden.

Wir als Die Linke haben eine andere Vision: Wir wollen ein bezahlbares Offenbach für alle. Wir stehen an der Seite aller Offenbacher*innen und setzen uns für ein gutes Leben in unserer Stadt ein - niemand soll auf der Strecke bleiben!

Dazu brauchen wir in Offenbach bezahlbaren Wohnraum, einen gut ausgebauten und günstigen öffentlichen Nahverkehr sowie öffentliche Angebote, die das Leben in der Stadt erst lebenswert machen: ausreichend Kitaplätze, Jugendzentren, Schwimmbäder, Bibliotheken, Krankenhäuser, gut ausgestattete Schulen, Parks und Grünanlagen.

Diese Dinge sind kein Luxus, sondern gehören zu einem normalen Leben dazu. Doch hierfür braucht es Geld von der Bundespolitik. Seit Jahrzehnten werden die Kommunen von den jeweiligen Bundesregierungen finanziell schlecht ausgestattet. Stattdessen investiert die Bundespolitik darin, Reiche noch reicher zu machen, Deutschland hochzurüsten oder Menschen in Not abzuschieben. Damit spielt sie Menschen gegeneinander aus und schürt Hass, obwohl alle Menschen ähnliche Dinge für ein gutes Leben brauchen: ein Dach über dem Kopf, gut bezahlte Arbeit und ein fürsorgliches, soziales Miteinander.

Als Linke in Offenbach wollen wir uns hier vor Ort für eine gerechte Gesellschaft an der Seite von arbeitenden Menschen, Menschen mit geringem Einkommen, queeren und migrantischen Menschen einsetzen. Veränderung ist nicht leicht, aber wir sind bereit uns dafür einzusetzen. Wir streiten um eine bessere Finanzierung unserer Stadt und finden uns nicht mit der Situation ab.

Wenn wir etwas ändern wollen, müssen wir uns in Offenbach zusammenschließen, gemeinsam Druck aufbauen und aktiv werden. Teil davon ist die Politik auf kommunaler Ebene.

Am 15. März 2026 sind Kommunalwahlen – mit deiner Stimme setzen wir uns ein für ein Offenbach für Alle!

Bildungsgerechtigkeit an Offenbacher Schulen

Schulkinder aus Arbeiter*innenfamilien, mit Migrationsgeschichte oder mit Behinderungen werden im jetzigen Bildungssystem noch immer benachteiligt. Als Linke wollen wir Bildungsgerechtigkeit für alle Schüler*innen in Offenbach.

Wir setzen uns daher dafür ein, dass weiterführende Schulen in Offenbach grundsätzlich als Integrierte Gesamtschulen geplant werden. Die Aufteilung von Kindern auf verschiedene Schulformen verfestigt soziale Unterschiede. Gesamtschulen verfolgen dagegen den Anspruch, unterschiedliche Kinder nach ihren individuellen Bedürfnissen unter einem Dach zu fördern und der sozialen Spaltung entgegenzuwirken. Den Fokus des gegenwärtig regierenden Bündnisses aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP auf Gymnasien sehen wir kritisch.

An allen Schulen braucht es eine gute räumliche, sachliche und personelle Ausstattung und allen Schüler*innen muss der Zugang zu Bildung so einfach wie möglich gestaltet werden.

Dazu ist der kostenlose Zugang zu digitalen Medien und Endgeräten sowie Räumen zum selbstständigen Lernen, aber auch Angeboten zur Persönlichkeitsbildung oder zur Hilfe bei der Bewältigung von Lebenskrisen notwendig. Die Schulsozialarbeit muss durch ein dichteres Netzwerk, mehr Personal und ein erweitertes Angebot gestärkt werden. Dadurch wird auch die Förderung der Schüler*innen über den leistungsorientierten Unterricht hinaus unterstützt. Wir fordern, dass es mehr Bildungsangebote gibt, um soziale Kompetenzen zu stärken, den Umgang mit Cybermobbing und dem Verhalten im Internet zu erlernen oder das Verständnis von Demokratie und Mitbestimmung zu verfestigen.

Die Schule muss auch ein Ort sein, an dem Schüler*innen demokratischen Widerspruch und Beteiligung an Gesellschaft entwickeln können. Die Arbeit des Stadtschüler*innenrats muss daher weiter unterstützt und gestärkt werden. Es braucht zudem Räume, in denen Schüler*innen außerhalb von Unterricht und Leistungsdruck selbstbestimmt zusammenkommen können.

Der Ausbau und die Sanierung von Schulgebäuden sind die Grundlage dafür. Trotz zahlreicher Sanierungsmaßnahmen in den letzten Jahren sind viele Schulgebäude und ihre Räume noch immer marode und nicht zeitgemäß oder sie bieten keinen ausreichenden Schutz vor Hitze. Das vermittelt Lehrenden und Lernenden nicht den Eindruck von Gleichwertigkeit gegenüber anderen Schulen und gefährdet zudem ihre Gesundheit. Bei der Planung und Umplanung von Schulbauten muss Barrierefreiheit gewährleistet werden - die Perspektiven von Schüler*innen und Lehrkräften mit Behinderungen sind dabei immer mit zu berücksichtigen.

Der Ausbau der Grundschulen zu Ganztagschulen in Offenbach ist ein wichtiger Schritt für mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit. Dabei kommt es entscheidend darauf an, dass die Betreuung durch qualitativ hochwertige pädagogische Konzepte gestaltet und mit passenden räumlichen sowie personellen Ressourcen hinterlegt wird. Damit die Ganztagsangebote tatsächlich alle Offenbacher Grundschüler*innen erreichen und deren unterschiedliche Bedürfnisse abdecken, sind insbesondere mehr Stellen für Schulsozialarbeiter*innen nötig. Die bestehenden Angebote reichen aktuell nicht aus, um den wachsenden Unterstützungsbedarf an den Schulen aufzufangen. Gerade multiprofessionelle Teams mit Sozialarbeiter*innen ermöglichen frühzeitige Interventionen, fördern die Zusammenarbeit mit Lehrkräften und Eltern und bieten Hilfen für Schüler*innen in herausfordernden Lebenslagen.

Die inklusive Beschulung von Schüler*innen mit Behinderungen an allgemeinen Schulen muss in Offenbach konsequenter umgesetzt werden. Viele Eltern von Kindern mit Behinderungen berichten davon, dass ihnen davon abgeraten wird, ihre Kinder an allgemeinen Schulen anzumelden, obwohl dies geltendes Recht ist. Die Schulen sind mit der inklusiven Beschulung überfordert, weswegen die Kommune die räumlichen, finanziellen und personellen Mittel konsequenter bereitstellen muss, damit es eine Selbstverständlichkeit wird, dass Schüler*innen mit und ohne Behinderungen gemeinsam an allgemeinen Schulen unterrichtet werden.

Für Schüler*innen mit Behinderung, die eine Assistenz und Beförderung an der Schule brauchen, muss die Kommune diese garantieren. Hier gab es in der Vergangenheit große personelle Ausfälle, sodass Schüler*innen nicht zur Schule kommen konnten und damit physisch von der Teilnahme am

Unterricht ausgeschlossen wurden. Es muss höchste Priorität haben, dass Schüler*innen begleitet von ausreichend Assistenzen und Beförderungsmitteln an die Schule gelangen.

Als Linke setzen wir uns zudem für ein kostenloses Mittagessen an allen Offenbacher Schulen ein, das nach hohen Standards zubereitet wird und zu einem hohen Anteil aus Bio- und regionalen Lebensmitteln besteht. Für viele Schüler*innen in Offenbach ist gesundes und nachhaltiges Essen keine Selbstverständlichkeit. Eine vollwertige Gemeinschaftsverpflegung an der Schule unterstützt bei einer gesunden Lebensweise, beim Wohlbefinden und damit auch beim Lernen.

Die Linke fordert:

- den Schulentwicklungsplan zu aktualisieren.
- geltendes Recht konsequent umsetzen: Inklusive Beschulung an allgemeinen Schulen.
- den kostenlosen Zugang zu digitalen Medien und Endgeräten für alle Schüler*innen.
- Mehr Bildungsangebote über den leistungsorientierten Unterricht hinaus.
- den Ausbau von multiprofessionellen Teams an Schulen sowie genügend Assistenzen und Beförderungsmittel für Schüler*innen mit Behinderung bereitzustellen.
- die Schwerbehindertenvertretungen bei der Planung und Umplanung von Schulbauten einzubeziehen.
- weiterführende Schulen als integrierte Gesamtschulen zu betreiben.
- bei der Ganztagsbetreuung qualitative pädagogische Konzepte zu entwickeln und umzusetzen.
- Ein kostenloses Mittagessen für alle Offenbacher Schüler*innen mit gesunden Bio- und regionalen Lebensmitteln.
- Mehr Stellen für die Schulsozialarbeit.
- Räume für die Selbstorganisation von Schüler*innen abseits von Unterricht an allen Schulen und mehr Mittel für den Stadtschüler*innenrat und das Kinder- und Jugendparlament.
- Mehr städtisches Personal für Sanierungsmaßnahmen an Offenbacher Schulen und die demokratische Einbindung von

Schüler*innenvertretung, Elternvertretung und Lehrer*innen in diesen Prozess.

Bildung für alle in Offenbach – ein Leben lang

Von der frühen Kindheit bis ins hohe Alter - lebenslange Bildung muss in Offenbach für alle Menschen möglich sein. Noch immer wird Bildung in Deutschland „vererbt“: Wer aus einem bildungsbenachteiligten Elternhaus stammt, hat auf seinem Lebensweg erhebliche Nachteile auszugleichen. Das Risiko, in wirtschaftlich schwierigen Verhältnissen zu leben, von Armut betroffen zu sein, schwer zu erkranken oder früher zu sterben, ist für diese Menschen deutlich erhöht.

Bildung ist ein grundlegendes Menschenrecht. Sie ist die Voraussetzung dafür, dass Menschen sich selbstbestimmt entfalten und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Deshalb muss Bildung nah an den Menschen sein – mit Einrichtungen, die barrierefrei sind und niemanden ausschließen. Der Zugang zu Bildung darf nicht durch Gebühren oder wirtschaftliche Interessen erschwert werden.

Gerade angesichts zunehmender Kinder- und Altersarmut ist entschlossenes Handeln gefragt. Aktuell wächst in Offenbach jedes fünfte Kind in Armut auf. Damit gehen zwangsläufig Einschränkungen der Teilhabe und der Bildungschancen einher. Dieser Ungerechtigkeit wollen wir begegnen und fordern ein gerechtes und inklusives Bildungswesen in Offenbach!

Die Sicherung angemessener frühkindlicher Bildung ist eine öffentliche Aufgabe. Doch die Stadt steckt in einer akuten Krippenkrise: Über 1.000 Betreuungsplätze fehlen in den Kindertagesstätten, viele Einrichtungen müssen ihre Öffnungszeiten einschränken oder Gruppen schließen - vor allem, weil es massiv an Fachkräften mangelt. Besonders betroffen sind Familien mit geringem Einkommen und Alleinerziehende. Sie können Arbeit und Familie kaum noch miteinander vereinbaren, und viele Kinder bleiben von frühkindlicher Bildung und sozialer Teilhabe ausgeschlossen. Hinzu kommt ein gravierender Personalmangel. Erzieher*innen sind überlastet und viele Stellen bleiben unbesetzt.

Frühkindliche Bildung ist jedoch der Grundstein für Chancengerechtigkeit und Teilhabe. Sie fördert nicht nur die kognitive und soziale Entwicklung der Kinder, sondern ermöglicht Eltern auch, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen und Familien aus der Armutsfalle zu holen.

Für eine starke frühkindliche Bildung in Offenbach brauchen wir ein umfassendes Maßnahmenpaket. Im Mittelpunkt steht der massive Ausbau von Krippen- und Kita-Plätzen durch gezielte Investitionen in Neubauten und einer Erweiterung von bestehenden Einrichtungen.

Damit kein Kind aus finanziellen Gründen ausgeschlossen wird, müssen Krippen- und Kitaplätze in Offenbach kostenfrei sein. Gleichzeitig ist es unerlässlich, die Qualität und Vielfalt der Betreuung zu sichern: Ausreichend Personal, kontinuierliche Fort- und Weiterbildung sowie mehrsprachige und interkulturell offene Angebote sind dafür notwendig.

Ein zentrales Anliegen ist die Fachkräfteoffensive: Wir fordern eine deutlich bessere Bezahlung, mehr unbefristete Stellen und insgesamt attraktivere Arbeitsbedingungen, um mehr qualifiziertes Personal zu gewinnen. Der Zugang zum Erzieher*innenberuf muss erleichtert werden, etwa durch Quereinstiegsmöglichkeiten mit pädagogischer Zusatzqualifikation, Ausbildungsprämien und Wohnkostenzuschüsse. Insbesondere die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse muss schneller erfolgen.

Familienfreundliche Betreuungszeiten, der Ausbau von Ganztagsplätzen, Randzeitenbetreuung und Notfallplätze sorgen dafür, dass die Betreuung an die Lebensrealität der Familien angepasst wird. Frühkindliche Bildung muss wohnortnah und barrierefrei zugänglich sein. Außerdem ist es uns wichtig, dass Eltern, Beschäftigte und Träger aktiv in die Planung und Umsetzung neuer Maßnahmen einbezogen werden. Nur gemeinsam kann eine frühkindliche Bildungslandschaft entstehen, die allen Kindern in Offenbach gerechte Chancen und eine gute Entwicklung ermöglicht.

Die Volkshochschule ist ein zentraler Ort der Erwachsenenbildung in Offenbach. Sie ist mehr als nur Gesundheits- und Fremdsprachenkurse. Programme und Projekte wie die Bildungsberatung, Integrationskurse, „Mama lernt Deutsch“, „Start-Projekt“, Grundbildungszentrum und Selbstlernzentrum oder das Digital Café sind gelebtes Empowerment. Deswegen darf es auch keine Ausrichtung des Angebots an wirtschaftlichen Interessen geben! Das heißt: Keine Arbeitsverdichtung durch Personalabbau und kein Kürzen des Angebots aus Sparzwängen. Stattdessen fordern wir mehr Personal und das Verstetigen erfolgreicher Projekte.

Auch die Kinder- und Jugendfarm ist ein wichtiger Ort der Bildung in Offenbach, der weiterhin gefördert werden muss. Es braucht viel mehr solcher Orte zum Spielen, Hütten bauen und Freiräume genießen – abseits der beengten Wohnverhältnisse in denen viele leben. Wir fordern, dass es mehr Abenteuerspielplätze in Offenbach geben muss!

Immer weniger Kinder in Offenbach können sicher schwimmen und immer mehr unterschätzen die Gefahren im Wasser. Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder einen kostenfreien Zugang zum Fund zu Schwimmkursen erhalten. Außerdem fordern wir eine finanzielle Förderung der Schwimmvereine, damit sie noch mehr Schwimmkurse anbieten können. So stellen wir sicher, dass alle Kinder – unabhängig von ihrer Herkunft oder dem Einkommen ihrer Eltern – die Chance bekommen, schwimmen zu lernen und sich sicher im Wasser zu bewegen.

Offenbach ist reich an Vielfalt, Kreativität und Potenzialen. Wir sind überzeugt: Eine bessere Stadt ist möglich, wenn wir gemeinsam dafür sorgen, dass jede und jeder Zugang zu hochwertiger Bildung erhält und echte Entwicklungschancen bekommt.

Die Linke fordert:

- Bildung muss Chancengerechtigkeit gewährleisten, inklusiv sein, Auslese verhindern und demokratische Gestaltung ermöglichen.
- Krippen- und Kita-Krise bekämpfen: Investitionen in Neubauten und Fachkräfteoffensive.
- die aktive Bekämpfung der Kinderarmut.
- den Ausbau der Sprachförderungsprogramme in den Offenbacher Kindertagesstätten.
- die Stärkung von Bildungseinrichtungen wie VHS oder Kinder- und Jugendfarm.
- den kostenlosen Eintritt in das Waldschwimmbad und Schwimmkurse für Kinder.

Quellen: <https://www.dlrg.de/informieren/die-dlrg/presse/schwimmfaehigkeit/>

Unser Offenbach: solidarisch und sorgend

Unser Ziel ist eine Stadt, in der alle Menschen gut und sicher leben können – unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Lebenssituation. Das Offenbach der Zukunft soll sich am Ideal der „Sorgenden Stadt“ orientieren. Das heißt: Die Kommune erfüllt nicht nur ihre nötigsten Pflichtaufgaben, sondern trägt aktiv zu einer besseren Versorgung aller Bewohner*innen entsprechend ihren Bedürfnissen bei. Mehr psychosoziale Anlaufstellen in den Quartieren, Schulsozialarbeit, wohnortnahe Freizeitangebote sowie die Förderung gemeinschaftlicher Aktivitäten können Isolation vorbeugen und das Wohlbefinden steigern.

Migrant*innen sind ein fester und wertvoller Teil unserer Stadtgesellschaft. Sie bereichern Offenbach kulturell, wirtschaftlich und sozial. Wir wollen den Austausch aller Offenbacher*innen fördern – durch gezielte Angebote wie Deutschkurse, Unterstützung von Vereinen und interkulturellen Begegnungen. Gleichzeitig stellen wir uns klar gegen rechte Hetze und Nationalismus: Wir beteiligen uns an Bündnissen gegen Rechts, verweigern jede Zusammenarbeit mit rassistischen, antisemitischen oder rechtsextremen Organisationen und setzen auf Aufklärung statt Ausgrenzung. Dazu gehören auch die Förderung von Zeitzeugengesprächen, interkulturellen Projekten, Begegnungsveranstaltungen sowie die Stärkung des Ausländerbeirats als politische Interessenvertretung. Zudem braucht es ein städtisches Online-Portal, das alle Kundgebungen und Demonstrationen sofort nach Anmeldung öffentlich macht, um der Zivilgesellschaft zu ermöglichen, rechtsextremen Aufmärschen aktiv zu begegnen.

Weil Schutz und Teilhabe für alle gleichermaßen gelten müssen, legen wir einen besonderen Fokus auf vulnerable Gruppen: Frauen*, queere und besonders schutzbedürftige Geflüchtete sollen Zugang zu spezialisierten Schutz- und Beratungsangeboten haben. Frauenhäuser und Schutzwohnungen werden dafür gezielt ausgebaut.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt für uns auf Integration, Antidiskriminierung und Solidarität statt Spaltung. Es ist selbstverständlich, dass alle Menschen ein Dach über dem Kopf brauchen – egal aus welchem Grund sie ihr Zuhause verloren haben. Wir treten entschieden jeder Politik entgegen, die Geflüchtete und sozial benachteiligte Menschen gegeneinander ausspielt. Wer in

Offenbach Schutz oder eine neue Heimat sucht, muss eine menschenwürdige Unterbringung erhalten. Sammelunterkünfte lehnen wir ab – Geflüchtete und ihre Familien sollen schnellstmöglich in reguläre Wohnungen ziehen können. Wir fordern umfassende medizinische Versorgung, soziale und psychologische Betreuung, unabhängige juristische Beratung sowie den Zugang zu Bildung, Sport- und Kultureinrichtungen. Mobile Gesundheitsdienste und mehrsprachige Beratungsstellen sind ausdrücklich zu fördern.

Eine Sorgende Stadt steht dafür, dass Hilfe nicht erst im Notfall greift, sondern präventiv Strukturen bereitstellt, die Belastungen früh abfangen. Wir unterstützen ausdrücklich das Engagement der Zivilgesellschaft für Geflüchtete und wollen es weiter ausbauen. Die sogenannte Bezahlkarte trägt zur Diskriminierung von Geflüchteten bei; die Stadt Offenbach sollte sich für die Abschaffung einsetzen, wo sie kann. Sprachkurse, Schulpflicht, Jobangebote und Teilhabe am öffentlichen Leben sind Grundvoraussetzungen für Gleichberechtigung und Teilhabe. Die hierfür nötigen Mittel muss das Land bereitstellen – Kosten dürfen nicht auf die Kommunen abgewälzt werden.

Wir wollen, dass Offenbach freiwillig Geflüchtete aufnimmt und so ein Zeichen setzt, dass Menschenrechte nicht an Landes- oder EU-Grenzen stehen bleiben. Eine solidarische Stadt erkennt die Menschenwürde aller an – unabhängig von Herkunft, Pass oder Aufenthaltsstatus – und versteht Vielfalt als Stärke. Darum setzen wir nicht nur auf wirksamen Schutz vor Diskriminierung, sondern auch auf die Stärkung der Rechte und Einflussmöglichkeiten aller Betroffenen. Menschen, die Diskriminierung erleben – ob auf der Straße, in der Behörde oder auf dem Wohnungsmarkt – müssen geschützt und zugleich ermutigt werden, ihre Stimme einzubringen. Deshalb fordern wir den Ausbau der Offenbacher Antidiskriminierungsstelle und gezielte Kommunikationsmaßnahmen, um Betroffene direkt zu erreichen.

Ergänzend verstärken wir präventive und aufklärende Maßnahmen gegen Alltagsrassismus, antimuslimischen Rassismus, Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit – unter anderem durch regelmäßige Fortbildungen für Verwaltung, Polizei und Schulen. Aus demselben Verständnis heraus wollen wir die politische Teilhabe von Migrant*innen fördern: durch die Stärkung der Arbeit des Ausländerbeirats, die Schaffung niedrigschwelliger Beteiligungsformate und – perspektivisch –

die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle, die dauerhaft in Offenbach leben.

Unser Leitbild bleibt: Eine Stadt, die niemanden zurücklässt – sozial gerecht, ökologisch verantwortungsvoll, antirassistisch, demokratisch und lebenswert für alle Generationen.

Die Linke fordert:

- den Erhalt und die Stärkung des Ausländerbeirats und die Stärkung der politischen Teilhabe von Migrant*innen.
- die sofortige freiwillige Aufnahme von unbegleiteten Kindern, Jugendlichen und schwangeren Frauen aus den Flüchtlingslagern an der EU-Außengrenze.
- Keine Unterstützung von Abschiebungen durch städtische Behörden.
- Gezielte Kommunikationsmaßnahmen, um Betroffene zu erreichen.
- die Ablehnung von Sammelunterkünften - Geflüchtete und ihre Familien sind rasch in bedarfsgerechten Wohnungen unterzubringen und ausreichende medizinische und psychologische Betreuung ist sicherzustellen.
- den Ausbau der Offenbacher Antidiskriminierungsstelle.
- den Einsatz gegen die „Bezahlkarte“ für Geflüchtete.
- ein Online-Portal für Kundgebungen und Demonstrationen.
- Zugang zu spezialisierten Schutz- und Beratungsangeboten für Frauen*, queere und besonders schutzbedürftige Geflüchtete.
- den Ausbau von Frauenhäusern und Schutzwohnungen.
- Präventive und aufklärende Maßnahmen gegen Rassismus, Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (inkl. regelmäßiger Fortbildungen für Verwaltung, Polizei und Schulen).
- die Einrichtung eines städtischen Präventions- und Unterstützungsnetzwerks (Beratung, Therapie, Selbsthilfegruppen, Kultur-, Bewegungs- und Begegnungsprogramme).
- den Ausbau psychosozialer Anlaufstellen in den Quartieren.

Offenbacher Mieter*innen entlasten

2016 wurde der sogenannte Masterplan Offenbach verabschiedet: Die Koalition wollte privaten Bauträgern mitteilen: Hier ist was zu holen. Neubau von Wohnraum wie am Hafen und überbordende Bodenspekulation wie am Kaiserlei waren die Folge. Die Stadtregierung hat dabei zugesehen, wie der Mietspiegel Jahr für Jahr nach oben kletterte und immer mehr Menschen aus Offenbach verdrängt wurden. Den Offenbacher*innen wurde mit diesem sogenannten Masterplan unterschwellig vermittelt: Wenn Ihr Euch die Preise in Offenbach nicht mehr leisten könnt, dann zieht doch weg.

Mittlerweile ist die Mietbelastung (Miete im Verhältnis zum Haushaltseinkommen) der Offenbacher Bevölkerung nicht nur höher als in Frankfurt, sondern die zweithöchste in ganz Deutschland. Das kann Menschen einerseits in Notlagen bringen und trägt gleichzeitig dazu bei, dass Offenbach die Stadt mit der niedrigsten durchschnittlichen Kaufkraft bundesweit ist. Wer hochwertigere Produkte in Offenbachs Geschäften sehen will, sollte auch über niedrigere Mieten sprechen.

Die regierende Ampelkoalition hat beim Wohnungsthema auf gesamter Linie versagt. Weder hat sie adäquat auf die Wohnungskrise reagiert, noch hat sie sich an ihre eigenen Vorsätze gehalten. SPD und Grüne haben sich fünf Jahre lang vom kleinsten, marktradikalen Koalitionspartner treiben lassen und nichts für die Mieter*innen in Offenbach getan. Das ist nicht normal, das ist unsozial. Die Linke fordert, dass Offenbach alle seinen stadtplanerischen Mittel einsetzt, um die Mietbelastung zu senken und Wohnraum für alle Menschen bezahlbar zu machen. Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt und der Stadtplanung verlaufen in der Regel langsam und brauchen 10-20 Jahre, bis sie flächendeckend wirken. Was der aktuelle Status quo ist, ist das Ergebnis der fehlgeleiteten Offenbacher Wohnraumpolitik der letzten 20 Jahre. Deswegen schlagen wir eine Vielzahl an Maßnahmen vor: einige, die Jahre brauchen, um Wirksamkeit zu erlangen, manche die direkt und schnell wirken.

Die Ziele unserer Wohnungspolitik sind:

1. die Mieten langfristig wieder auf ein angemessenes Niveau zu senken,
2. Spekulation in Offenbach einzudämmen,
3. genossenschaftliche und gemeinnützige Bauträger zu stärken,

4. Mieterhöhungen zu verhindern.

Wir werden die Wohnungskrise in Offenbach nicht durch den Neubau von Wohnungen lösen. Die bundesweite Mietpreisbremse wurde zwar bis 2029 verlängert, aber nicht verschärft. Die Ausnahmen sind geblieben: Sowohl möblierte Wohnungen als auch Wohnungen, die ab 2014 gebaut wurden, sind von der Mietpreisbremse ausgenommen. Dies hat zur Folge, dass die Mieten jeglichen Neubaus in Offenbach weit über dem Mietspiegel liegen. Seit Jahren entlastet damit Neubau nicht die Mietsituation in Offenbach, sondern verschärft sie. Der „trickle down“-Effekt ist - wie schon oft wissenschaftlich nachgewiesen - auch in Offenbach ein Mythos. Hier braucht es einen Politikwechsel.

Der einzige Weg, Mieten wieder bezahlbar zu machen, geht über den Bestand - da die meisten Menschen in Offenbach im Bestand wohnen. Ein zentraler Baustein dafür sind die Mieten der öffentlichen Wohnungsgesellschaften, die in Offenbach aktiv sind. Die GBO, die Nassauische Heimstätte, die GWH, die ABG können mit ihren Mietpreisen einen dämpfenden Einfluss nicht allein auf die eigenen, sondern auch den Mietspiegel insgesamt haben. Dazu dürfen sie ihre Mieten nicht erhöhen oder sollten sie sogar senken. Wir fordern als ersten Schritt, dass die kommunalen und landeseigenen Wohnungsgesellschaften dauerhaft auf Mieterhöhungen verzichten.

Die Mietenkrise hat den Druck auf Mieter*innen so stark erhöht, dass immer mehr Menschen vor dem Verlust ihrer Wohnung stehen. Die Linke will, dass die Stadt Offenbach zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit nach dem Prinzip Housing First vorgeht. Das heißt, zuerst brauchen die Menschen eine sichere Wohnung, danach können andere Unterstützungsangebote gemacht werden. Die Stadt soll dazu Wohnungen anmieten und sie an Menschen weitervermieten, damit sie nicht mehr in teuren und viel zu kleinen Notunterkünften leben müssen. Zwangsräumungen darf es nicht geben.

Ob barrierefreie, familiengerechte oder WG-taugliche Wohnformen – für viele Menschen ist es fast unmöglich, bezahlbaren Wohnraum zu finden, der zu ihren Bedürfnissen passt. Wir fordern deshalb die Einrichtung einer zentralen Wohnraumvermittlung, bei der die Stadt hilft, geeignete Wohnungen zu finden. Zudem braucht es eine Plattform zum Wohnungstausch. Wer bereit ist, seine Wohnung mit einer Familie zu tauschen, weil sie vielleicht zu groß für

die aktuellen Bedürfnisse ist, soll dabei unterstützt werden. Bei einem solchen Tausch dürfen die Mieten nicht erhöht werden.

Wir wollen eine Stadt, in der alle Menschen gut und nachhaltig leben können. Das gilt auch für Menschen mit geringem Einkommen. Dazu brauchen wir öffentlich geförderten Wohnungsbau, die Einrichtung von Begegnungsstätten und die Umsetzung von KdU-Richtlinien, die es ermöglichen, dass Menschen in ihren Wohnungen bleiben können. Zwangsräumungen darf es nicht geben.

Beim Neubau hat die Stadt in den letzten zehn Jahren nichts richtig gemacht. Sie hat einseitig auf freifinanzierte Wohnungen gesetzt und bei den meisten größeren Bauprojekten ihre eigenen Ziele von 30% geförderten Wohnraum pro Bauprojekt unterlaufen. Das fatale Ergebnis dieser Politik ist die Senkung der Quote an gefördertem Wohnraum unter die 5%-Marke (im Jahr 2000 lag diese noch bei über 9%). Offenbach braucht in jedem Viertel und Quartier eine stabile Quote von Sozialwohnungen, deshalb braucht es neue, höhere Quoten für Neubauprojekte. Die bisherige Sozialbindung von Sozialwohnungen soll zukünftig ohne zeitliche Beschränkung festgesetzt werden.

Neubau muss den Mietmarkt entlasten, und nicht als Treiber für erhöhte Mietpreise gelten. Private Wohnraumkonzerne mit spekulativen Gewinnabsichten (z.B. wie Vonovia) sollen so weit wie möglich vom Offenbacher Wohnungsmarkt ausgeschlossen werden, und stattdessen sollen kommunale, genossenschaftliche und gemeinnützige Bauträger bevorzugt werden.

Wir fordern, dass Gruppen, die alternative Wohnprojekte, Baugenossenschaften oder Initiativen im Rahmen eines Miethäusersyndikats gründen wollen, durch die Stadt unterstützt werden. Das gilt für die Suche nach geeigneten Grundstücken oder Häusern, aber auch für die rechtliche Beratung zur Umsetzung der geplanten Projekte.

Die Wohnungspolitischen Leitlinien der Stadt Offenbach von 2011 geben die Schaffung eines Mehrgenerationenhauses pro Stadtteil vor. Bisher gibt es aber nur zwei erfolgreiche Projekte dieser Art in Offenbach. Das reicht nicht aus.

Die Linke setzt sich dafür ein, dass Baugenossenschaften oder Initiativen im Rahmen des Miethäusersyndikats durch die Stadt unterstützt werden. Das gilt

für die Suche nach geeigneten Grundstücken oder Häusern, aber auch für die rechtliche Beratung zur Umsetzung der geplanten Projekte.

Die Wohnverhältnisse bestimmen auch den Familienalltag. Auch zu Hause in der Familie brauchen Kinder deshalb eigenen Raum. Wegen des immer knapper werdenden bezahlbaren Wohnraums leben immer mehr Kinder mit ihren Eltern in äußerst bedrängten Verhältnissen. Diese Verhältnisse können nicht nur für Spannungen innerhalb der Familien sorgen, sondern sind häufig auch eine Beeinträchtigung für Bildungs- und Entwicklungschancen der Kinder. Wir betrachten das Recht auf Wohnen deshalb auch ganz besonders als ein Kinderrecht.

Wer bereit ist, seine Wohnung mit einer Familie zu tauschen, weil sie vielleicht zu groß für die aktuellen Bedürfnisse ist, soll dabei unterstützt werden. Bei einem solchen Tausch dürfen die Mieten nicht erhöht werden. Die Stadt soll sich in einer begleitenden Kampagne bemühen, bei privaten Vermietern für eine Beteiligung zu werben. Wir wollen zudem, dass es in Offenbach weitere Mehrgenerationenhäuser gibt, in denen man in Gemeinschaft wohnen kann.

Die Linke fordert:

- Bei allen Neubauprojekten ab 15 Wohneinheiten eine Quote an Sozialwohnungen von 30%, und weitere 20% für andere Arten von gefördertem Wohnraum (Mittelstandwohnungen, Studierenden-Wohnungen, Azubiwohnraum, barrierefreien Wohnraum).
- eine Erhaltungssatzung (Milieuschutz) für alle Quartiere und Viertel in Offenbach.
- die jährliche Anpassung der Mietkostentabelle auf Basis eines qualifizierten Mietspiegels.
- die Einrichtung einer Beratungsstelle für Wohnungstausch und Umzüge.
- die Stärkung von Mieterberatungen und Mieterschutzvereinen.
- Es sollen langfristig gemeinschaftliche Wohnprojekte in Offenbach gefördert werden. Dafür sollte eine Offenbacher Stelle für gemeinschaftliches Wohnen geschaffen werden.
- den vollständigen Stopp des Verkaufs von städtischen Grundstücken - Baugrundstücke werden nur noch in Erbpacht vergeben.
- Neues Bauland wird bevorzugt an genossenschaftliche oder gemeinnützige Bauträger vergeben.

- kommunale und landeseigene Wohngesellschaften sollen keine freifinanzierten Wohnungen mehr in Offenbach bauen, sondern ihren Fokus auf geförderte Wohnungen aller Art legen: Sozialwohnungen, Studierendenwohnheime, Azubiwohnheime, barrierefreies Wohnen, Seniorenwohnen.
- eine Beratungsstelle für private Hausverkäufer zum Zwecke des Verkaufs an Genossenschaften.
- die Einrichtung einer Stabsstelle Mieterschutz in Offenbach mit mindestens drei vollen Stellen.
- eine „Ferienwohnungssatzung“, die effektiv Zweckentfremdung von Wohnraum verhindert.

Offenbachs Wirtschaft zukunftsfähig gestalten

Offenbach schaut auf eine stolze Arbeiter*innentradition zurück. Als einstige Leder- und Industriestadt beruhte die Stärke der Stadt stets auf harter Arbeit und Solidarität. Diese Solidarität war geprägt von gewerkschaftlicher Organisation - dabei war demokratische Mitbestimmung im Betrieb immer eines der Ziele der Arbeiter*innenbewegung. Zu dieser alten Idee der Wirtschaftsdemokratie auf lokaler Ebene sollte Offenbach weiter stehen.

Stadtpolitik muss der Gewerkschaftsbewegung zugewandt sein und sie aktiv unterstützen. Denn Betriebsräte und Gewerkschaften geben den Beschäftigten eine Stimme und tragen zu wirtschaftlicher Stabilität bei. Die Stadt sollte bewusst auf die Erfahrung und Kompetenz setzen, die Arbeitnehmer*innenvertretungen in Wirtschafts- und andere politische Entscheidungsprozesse einbringen können. Sie müssen daher in alle relevanten Kommissionen, Beiräte und sonstigen Beratungsgremien einbezogen werden.

Offenbach ist auf eine starke, breit aufgestellte und nachhaltig zum Standort stehende wirtschaftliche Basis angewiesen: von kleinen und mittleren Handwerksunternehmen über Start-ups bis hin zu großen Fabriken und unterschiedlichen Dienstleistern. Eine sinnvolle und nachhaltige Wirtschaftsförderung durch die Stadt kann aber nicht in einer besonders geringen Gewerbeertragssteuer bestehen. Dies gilt insbesondere dann, wenn im Gegenzug die Allgemeinheit mit der Grundsteuer übermäßig belastet wird.

Wichtiger sind die Ermöglichung von Ansiedlungen durch attraktive Gewerbeflächen sowie die Unterstützung bei der Gewinnung von Fachkräften durch die Bereitstellung von Wohnraum, Kita- und Schulplätzen. Die Stadt sollte zudem die Einrichtung von Betriebskindergärten fördern.

Die Unterstützung von Gründer*innen und ansiedlungswilligen Unternehmen ist ebenfalls wichtig. Dazu gehört eine gute Erreichbarkeit der Behörden sowie eine zügige und transparente Bearbeitung der nötigen Anträge.

Wir wollen, dass die Stadt ihre Anstrengungen besonders auf Unternehmen fokussiert, die ökologisch nachhaltig wirtschaften, ihre Beschäftigten nach Tarif bezahlen und Mitbestimmung im Betrieb ermöglichen. Regionale

Wirtschaftskreisläufe und die Produktion vor Ort sind zu fördern. Wir wollen eine service- und bedarfsorientierte Ausrichtung der Wirtschaftsförderung.

Auch Initiativen jeder Art, die der regionalen Weiternutzung von Waren und der Wiederverwertung von Rohstoffen dienen, sollen beispielsweise durch das Angebot von Flächen gefördert werden.

Dass es in Offenbach mit der wirtschaftlichen Entwicklung langsam wieder bergauf geht, ist insbesondere auch auf die Neuansiedlungen auf dem sogenannten Innovationscampus sowie im Hafen und Kaiserlei zurückzuführen. Beim Innocampus wurde dies allein dadurch ermöglicht, dass die Stadt alle ihre stadtplanerischen Mittel bis hin zur Androhung der Enteignung des Gewerbegebiets angewendet hat, um das Areal zu entwickeln. Dieses klare Vorgehen sollte Vorbildcharakter für andere Entwicklungsprojekte haben, insbesondere, wenn Bodenspekulation der Hintergrund für Brachen und Leerstand sind.

Die Stadt Offenbach wurde in den letzten Jahren vor allem durch das Stadtmarketing zur Gründungshochburg erklärt, weil viele Offenbacher*innen sich selbstständig machen. Wer aber von der „Gründerstadt Offenbach“ redet, sollte nicht von den vielen Privatinsolvenzen und Unternehmenspleiten schweigen, die wir zu verzeichnen haben. Ein hoher Anteil der Gründer*innen arbeitet unter höchst prekären Bedingungen und erreicht keine ausreichenden Einkommen, um nachhaltig aus dem Kreis der Berechtigten zur Grundsicherung auszuscheiden.

Es braucht eine gezieltere Unterstützung dieser jungen Unternehmer*innen. Dort, wo Scheinselbstständige unter widrigsten Bedingungen arbeiten, z.B. auf Baustellen, muss gegen die Auftraggeber vorgegangen und Ausbeutung unterbunden werden. Die Stadtverwaltung muss aktiv als Hinweisgeber bei den zuständigen Behörden auftreten, wenn ihr Verdachtsfälle begegnen.

Die Arbeitsvermittlung der Mainarbeit muss sich besonders darum kümmern, betroffene Personen in seriöse Arbeitsverhältnisse bei tarifgebundenen Arbeitgebern zu vermitteln.

Die Sparkasse Offenbach, die mit ihrem öffentlichen Auftrag in kommunaler Trägerschaft dem Regionalprinzip unterliegt, ist ein wichtiger Garant für gut zugängliche Finanzdienstleistungen in Offenbach und für Verbraucher wie

Unternehmen wesentliches Element im regionalen Wirtschaftskreislauf. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass sich die Stadt als Trägerin weiterhin und langfristig der Selbstständigkeit der Sparkasse Offenbach verpflichtet sieht. Dazu gehört auch, dass sie sich gemeinsam mit anderen Kommunen und dem Sparkassenverband auf politischer Ebene vehement allen Bestrebungen einer Privatisierung entgegenstellt.

Die Linke fordert:

- städtische Vergaben an Tarifbindung zu knüpfen.
- die Einbindung von Vertreter*innen der Arbeitnehmerseite in alle relevanten städtischen Beratungsgremien - auch in den Expertenrat Wirtschaftsförderung.
- die Unterstützung von Unternehmen bei der Einrichtung von Betriebskindertagesstätten in Kooperation mit erfahrenen Trägern.
- den Erhalt der Selbstständigkeit der Städtischen Sparkasse.
- Fokus der Vermittlung der Mainarbeit auf seriöse, tarifgebundene Arbeitgeber.

Nachhaltig, barrierefrei und günstig unterwegs in Offenbach

Mobilität ist ein Grundrecht, das aufgrund seiner zentralen Bedeutung für die Teilhabe an den vielfältigen Aspekten des Lebens in unserer Gesellschaft für alle gewährleistet werden muss. Zugleich ist Mobilität aber auch einer der Haupttreiber des übermäßigen Energie- und Ressourcenverbrauchs.

Nicht erst durch den Bevölkerungszuwachs und die Bebauungsverdichtung der letzten Jahre ist für alle Offenbacher*innen immer sicht- und fühlbarer klar geworden, dass Auto und Lkw schon rein aufgrund des knappen Raumes nur noch eine immer kleiner werdende Rolle dabei spielen können, unsere Verkehrsbedürfnisse zu decken. Aber auch die mit ihnen verbundenen Schadstoff- und Lärmbelastungen gebieten es, auf andere Verkehrsmittel zur Erfüllung der individuellen Mobilitätsbedürfnisse zu setzen. Wir wollen, dass die Stadt ihre Angebote und Infrastruktur so weiterentwickelt, dass mehr Menschen ihre Wege gerne zu Fuß, per Rad, per E-Roller und im ÖPNV zurücklegen.

Wir fordern deshalb ein gut ausgebautes, barrierefreies und zuverlässiges System des öffentlichen Nahverkehrs in der Hand der Stadt, das steuerfinanziert ist und allen kostenlos zur Verfügung steht. Auch die südlichen Stadtteile sollen an Schienennetze (S-Bahn, ggf. Straßenbahn) angebunden werden. Verbindungen und Taktung sind sinnvoll auszubauen, auch über die Stadtgrenzen hinaus. Außerdem sollten Park & Ride - Parkplätze an allen S-Bahnstationen errichtet werden, um den Umstieg von Pkw auf ÖPNV zu erleichtern. Möglichkeiten zur schrittweisen Ausweitung der Personenkreise derer, die kostenfreie oder besonders günstige Tickets erhalten, wollen wir auf dem Weg zum kostenlosen ÖPNV nutzen. Dabei fordern wir insbesondere ein Bürgerticket für Menschen mit geringen Einkommen, um ihnen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben besser zu ermöglichen. Dazu fordern wir, dass der Magistrat auch mit den privaten Veranstalter*innen und Kulturinitiativen eine Vereinbarung trifft, dass öffentliche Verkehrsmittel mit Veranstaltungstickets kostenlos genutzt werden können. Dies gilt ausdrücklich auch für Veranstaltungen im Stadion Bieberer Berg und dort insbesondere für die Fußball-Veranstaltungen. Der Busverkehr in Offenbach muss dabei in kommunaler Hand bleiben. Europaweite Vergaben

führen häufig zu einem hohen Druck auf das Lohngefüge - diese Form des Unterlaufens von guten Arbeitsbedingungen lehnen wir ab. Die tarifvertragliche Bezahlung des Personals in hochwertigen Arbeitsverhältnissen muss sichergestellt werden.

Unter einem barrierefreien und zuverlässigen System des ÖPNV verstehen wir ausdrücklich auch, dass Aufzüge, die den Zugang zu S-Bahnstationen für mobilitätseingeschränkte Menschen und Personen mit Kinderwagen sicherstellen sollen, vandalismussicher sind, regelmäßig gereinigt werden und vor allem auch zuverlässig in Betrieb sind. Reparatur- und Wartungszeiten sind so kurz wie möglich zu halten. Ein Ersatzteilmanagement muss etabliert werden. Es ist an allen S-Bahnhöfen zu prüfen, ob ergänzende Rampen und ähnliche Hilfsmittel installiert werden können. Die Kriminalisierung von Fahren ohne Fahrschein ist kein hilfreicher Beitrag zu einem funktionierenden kostenlosen ÖPNV.

Rückblickend war es ein großer Fehler, die Offenbacher Straßenbahnlinien stillzulegen. Die Linke setzt sich für eine schrittweise Wiedereinführung von Straßenbahnen und Oberleitungsbussen ein, um den ÖPNV zu stärken und die CO₂-Belastung in Offenbach zu senken.

Wir wollen den Fahrradverkehr in und nach Offenbach stärken. Beim Ausbau des Radwegenetzes und dem Anschluss Offenbachs an die Radschnellwege in die Region braucht es ein viel höheres Tempo. Attraktive und zügige Wegeverbindungen für Radfahrende in die äußeren Stadtteile und darüber hinaus müssen dabei auch zunehmend an oder auf Hauptverkehrswegen liegen. Eine ganzjährige Benutzungsmöglichkeit und gute Beleuchtung müssen stets sichergestellt werden. Als gut befahrbare Fahrradwege kommen für uns nur geteerte Wege in Frage.

Um die Attraktivität anderer Verkehrsmittel gegenüber dem motorisierten Individualverkehr zu erhöhen, ist es nötig, Flächen umzuwidmen. Vor allem parkende Autos nehmen aktuell viel zu viel Raum in der Stadt ein. Insbesondere der Innenstadtbereich sollte Fußgänger*innen und Radfahrenden sowie der Erschließung durch den ÖPNV vorbehalten sein. ÖPNV und Fahrräder bzw. E-Bikes, ergänzt durch Carsharing, müssen eine gemeinsame und verzahnte Basis bilden. Die Möglichkeiten zum sicheren Abstellen von Fahrrädern, etwa durch Fahrradbügel, sind so auszubauen, dass

sie die verkehrlichen Beziehungen von Radfahrenden und Fußgänger*innen nicht beeinträchtigen.

Grundsätzlich setzen wir uns für das ökologisch nachhaltige und auch gesellschaftlich wichtige Ideal der „kurzen Wege“ ein. Das bedeutet: kurze Wege von der Wohnung zur Arbeit, zum Einkaufen sowie zu Kultur und Freizeit. So schaffen wir die Verkehrswende – hin zu einer neuen, nachhaltigen Mobilität.

Die Linke fordert:

- kurze Wege und eine Verkehrsinfrastruktur, die Wege zu Fuß, per Rad oder ÖPNV fördert.
- einen elektrifizierten öffentlichen Nahverkehr, der mit Öko-Strom angetrieben wird.
- einen barrierefreien öffentlichen Nahverkehr.
- den sinnvollen Ausbau der Verbindungen und Taktungen im ÖPNV.
- die Ausweitung des Angebots von ermäßigten Tickets mit dem Ziel des Nulltarifs für alle im Nahverkehr.
- dass der Busbetrieb in kommunaler Hand ist und das Personal tarifvertragliche bezahlt wird.
- die Umsetzung eines Straßenbahn- und Oberleitungsbusnetz in Offenbach.
- den zügigen Ausbau des lokalen und regionalen Radwegenetzes.

Offenbachs Stadtgrün als Gemeingut – Klimaschutz und Lebensqualität

Wir wollen eine Politik, die die Interessen nachfolgender Generationen immer mitdenkt. Bei allen wichtigen Themen wie der lokalen Energieversorgung, der wirtschaftlichen Entwicklung, der städtebaulichen Sanierung und dem Neubau oder der Verkehrsplanung müssen umwelt- und klimaschonende Lösungen noch stärker vorangetrieben werden.

Das Heft des Handelns sollte immer bei der Stadt Offenbach und den stadteigenen Unternehmen bleiben - die Privatisierung von Infrastruktur lehnen wir ab. Bei der Vergabe von Aufträgen soll, wo immer möglich, vorrangig auf regionale Anbieter mit tarifgebundener Bezahlung und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung gesetzt werden. Dazu gehört auch ein sicheres Controlling der eigenen Unternehmensgruppe sowie deren Lieferketten.

Bei der Versorgung der städtischen Kantinen, beispielsweise an den Schulen, müssen bevorzugt saisonale und ökologisch nachhaltig hergestellte Produkte verwendet werden.

Bei Bauvorhaben muss die Entsiegelung und Begrünung von nahegelegenen innerstädtischen Flächen als Ausgleich verpflichtend sein, um die mikroklimatischen Auswirkungen vor Ort zu minimieren. Offenbach muss jeden Ansatz ressourcenschonenden Verhaltens unterstützen, z. B. beim Energiesparen und der Abfallvermeidung durch kommunale Programme für klimafreundliche Elektrogeräte, der Unterstützung von Haushalten mit niedrigem Einkommen oder Repair-Cafés.

Wir wollen, dass die Stadt prüft, wie sie im Sinne einer Kreislaufwirtschaft unterschiedliche wieder- bzw. weiterverwendbare Warenarten selbst sammeln, aufbereiten und zur Weiterverwendung an die Bevölkerung abgeben kann. Dabei sollen Projekte anderer Kommunen wie die „NochMall“ in Berlin und Möglichkeiten einer Finanzierung auch aus Mitteln nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz geprüft werden. Wo es dazu zivilgesellschaftliche Initiativen gibt, kann eine Kooperation gesucht werden. Die Stadt muss hier

aber eine eigene Aufgabe wahrnehmen. Die Finanzierung muss die tariforientierte Entlohnung der erforderlichen Mitarbeiter sichern.

Parks und Grünflächen tragen wie auch Baumbestände an den Straßen der Stadt nicht nur erheblich zur Verschönerung des Stadtbildes bei und erhöhen als Erholungsflächen die Lebensqualität. Noch viel wichtiger ist die Bedeutung der Stadtbäume für das Mikroklima und damit auch die Bevölkerungsgesundheit in der Stadt. Große Stadtbäume tragen durch Verschattung und Verdunstungskühle erheblich dazu bei, die Temperaturen auch in Hitzeperioden erträglich zu halten. Ein Blick durch die Stadt zeigt aber, dass gerade diese Bäume bereits vielfach von Trockenheit geschädigt sind und zur Verkehrssicherung gefällt oder zunächst gestutzt werden mussten. Wir fordern ein sofortiges Umdenken im Konzept zur Baumpflege. Das muss künftig darauf zielen, den Baumbestand flächendeckend nicht nur numerisch durch Nachpflanzungen zu bewahren, sondern den Fortbestand jedes einzelnen Baumes durch seinen natürlichen Lebenszyklus hindurch zu gewährleisten durch rechtzeitige und ausreichende Bewässerung. Auch bei der Wahl von geeigneten Baumarten für Nachpflanzungen muss die Kühlungswirkung zentrales Kriterium sein. Da Verdunstungskühle maßgeblich mit der Wasseraufnahme eines Baumes einhergeht, wird dies mit erheblichen Anstrengungen zur Erfassung von Brauchwasser einhergehen müssen.

Auch in der Stadtplanung und -gestaltung müssen die Prioritäten neu gesetzt werden. Weder Bäumchen in mobilen Kübeln noch vermeintliche Leuchtturmprojekte wie riesige Betonkoffer für einzelne Bäume sind dabei zukunftsweisend. Bei der Planung muss ausreichend Platz für die Wurzeln der Bäume belassen und Flächen für frühzeitige Nachpflanzungen neben Bäumen, die am Ende ihres Lebenszyklus stehen, vorgesehen werden. Auch Fällungen auf Privatgrund sollen im Rahmen des rechtlich Möglichen verhindert werden. Ausgleichsmaßnahmen müssen sich an einem zeitnahen Ausgleich der mikroklimatischen Wirkung orientieren.

Ein gesunder Stadtwald hat eine erhebliche Bedeutung für das Stadtklima. Sein Erscheinungsbild hat sich in den letzten Jahren jedoch ebenfalls drastisch verändert. Einerseits beeinträchtigen bereits erkennbare Trockenheitsschäden die mikroklimatische Funktion für Offenbach. Andererseits ist durch das vorübergehende Aussetzen der Waldbewirtschaftung bis zum Beschluss eines neuen Waldkonzepts zugleich eine große Menge Totholz im Wald verblieben

und die Anzahl der Monokulturen hat sich verringert. Dies wirkt sich positiv auf die Artenvielfalt von Pflanzen, Insekten und anderen Tieren aus.

Das neue Waldkonzept liegt zum Zeitpunkt der Programmdiskussion noch nicht vor. Wir erwarten, dass das neue Konzept das Ziel verfolgt, den Stadtwald flexibel reagierend mit behutsamen Eingriffen zu einem Mischwald weiterzuentwickeln, der unter den Bedingungen des Klimawandels langfristig lebensfähig ist und dabei seine wichtigen Funktionen für das Stadtklima, die Erholung der Offenbacher*innen und für die Artenvielfalt erfüllt. Statt Ertragserzielung werden hierzu Pflegekosten nötig sein.

Auf anderen Flächen außerhalb der Bebauungsgrenzen im städtischen Einflussbereich soll das Konzept der Wildnisinseln, etwa in Form von Feldholzinseln, angewendet werden. Wichtig ist uns dabei, dass die Natur für Menschen zugänglich bleibt. Der Kontakt zur Natur ist für viele Menschen ein wichtiger Ausgleich zu den Belastungen des Alltags. Die Einrichtung reiner Naturschutzgebiete, die von Menschen nicht betreten werden dürfen, halten wir nur in Ausnahmefällen für sinnvoll.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Schultheisweiher als naturnahe und attraktive Schwimmgelegenheit unbedingt erhalten bleibt.

Nachbarschaftsgärten oder Urban Gardening Projekte können nicht nur die lokale Selbstversorgung stärken und eine wichtige Ergänzung der Vielfalt innerstädtischen Grüns sein, sondern in der Bevölkerung auch das Bewusstsein für die natürlichen Grundlagen unseres Lebens festigen. Die Stadt sollte daher in allen Stadtteilen mögliche Flächen für solche Projekte, wie die „Internationalen Gärten“ identifizieren und entsprechende Initiativen fördern oder selbst ins Leben rufen, etwa über das Quartiersmanagement.

Die Linke fordert:

- die Fokussierung der „Waldbewirtschaftung“ auf die mikroklimatische Funktion des Waldes für die Stadt, auf die Erholungsfunktion für die Einwohnerschaft und auf die Artenvielfalt.
- Natur muss für die Menschen zugänglich bleiben.
- den unbedingten Erhalt der Kühlungswirkungen des Stadtgrüns.
- eine stärkere Förderung von Müllvermeidung und Kreislaufwirtschaft.
- den Erhalt des Schultheisweihers.

- die Förderung von Nachbarschaftsgärten und Urban Gardening Projekten.
- Die Handlungsfähigkeit der Stadt muss nachhaltig gewahrt bleiben: keine Privatisierungen!

Demokratische Stadtgesellschaft: Offenbach entscheidet gemeinsam

Die Bürger*innen einer Kommune wollen nicht nur alle fünf Jahre ein Kreuz bei der Wahl machen, sondern auch grundsätzlich mitbestimmen, wie sich ihre Kommune entwickelt. Und das sollten sie auch. Nur durch Transparenz und Beteiligung schafft man es, die Bevölkerung einzubeziehen.

Bürgerentscheide, Bürgerhaushalte, Fragestunden, Einwohnerversammlungen – es gibt genügend Werkzeuge für mehr Bürgerbeteiligung, die auch von Anfang an genutzt werden sollten. Das setzt jedoch Transparenz der öffentlichen Entscheidungswege und Informationsfreiheit voraus.

Verwaltungsinformationen und -vorgänge sollten im Normalfall öffentlich und digital zugänglich archiviert werden, soweit dem nicht berechtigte Schutzinteressen zu personenbezogenen Daten entgegenstehen. Verträge mit der öffentlichen Hand müssen offengelegt werden. Um echte Transparenz und einen sinnvollen Informationsfluss zu gewährleisten, sind weitreichende Änderungen in der Informationspolitik erforderlich.

Insbesondere in den Kommunen sollten Menschen schon ab 16 das aktive Wahlrecht ausüben können und unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft wählen und sich selbst zur Wahl stellen dürfen. Politische Ämter und Mandate sowie die obersten Verwaltungsebenen sollten mindestens zur Hälfte mit Frauen besetzt werden. Das Sammeln von Unterstützungsunterschriften in großer Zahl für Wahlantritte ist eine unnötige Demokratiebremse und sollte abgeschafft werden. Für diese Änderungen in Bundes- und Landesrecht sollte sich die Stadt über die ihr verfügbaren Kanäle und Organisationen stark machen.

Menschen, die in Offenbach leben, aber keinen deutschen oder EU-Pass besitzen, soll das Wahlrecht verliehen werden. Die Stadt Offenbach sollte sich mehr für ein Wahlrecht für alle einsetzen, zum Beispiel durch die Unterstützung der Initiative „Unsere Städte, unsere Stimmen“. Außerdem muss die barrierefreie Gestaltung der Wahllokale schneller passieren. Nur so ist eine echte Teilhabe an politischen Entscheidungen für einen großen Teil der Offenbacher Bevölkerung möglich.

Die Linke fordert:

- Mehr Transparenz in der Verwaltung.
- Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger*innen weiter zu stärken.
- dass die Stadt Offenbach sich gemeinsam mit anderen Kommunen auf Bundes- und Landesebene für ein kommunales Wahlrecht für alle einsetzt.
- Politische Ämter und Mandate sowie die obersten Verwaltungsebenen sollten mindestens zur Hälfte mit Frauen besetzt werden.
- alle Wahllokale in Offenbach barrierefrei zu gestalten.

Lebendige Stadtteile in Offenbach

Eine gute und leistungsfähige Infrastruktur erhöht die Lebensqualität aller Bewohner*innen Offenbachs - jedoch ist sie an vielen Stellen gefährdet. Nur durch Stadtteil- und Jugendzentren, nahegelegene Einkaufsmöglichkeiten, Wochenmärkte und Plätze mit guter Aufenthaltsqualität entstehen nachbarschaftliche Vernetzungen und damit auch zentrale Orte für eine nachhaltige Demokratisierung der urbanen Gesellschaft. Vor Ort finden sich Wissen und Engagement: ein Stadtteil ist deshalb auch ein Laboratorium für zukünftige gesellschaftliche Entwicklungen. Dies muss durch ein gut ausgestattetes Gemeinwesen und Quartiersarbeit organisiert und unterstützt werden.

Die Lebens- und Wohnbedingungen in den Offenbacher Stadtteilen unterscheiden sich stark voneinander. In den innerstädtischen Stadtteilen leben viele Menschen mit geringem Einkommen und Migrations- oder Fluchterfahrungen. Dies bringt verschiedene Barrieren für die gesellschaftliche Teilhabe mit sich. Wir sind der Meinung, dass eine gute soziale Infrastruktur die beste Möglichkeit ist, diese zu fördern. Dazu gehören die Förderung von Stadtteilinitiativen und erschwinglichen Kulturangeboten, die Einrichtung von Quartiersräten und eine professionelle Quartiersarbeit. Mit der Station Mitte entsteht in Offenbach ein Ort, an dem sich Menschen ohne Konsumzwang begegnen können. Das finden wir gut. Wir setzen uns jedoch weiterhin für mehr unkommerzielle, offene Räume in Offenbach ein, die als Treffpunkt für Vereine und Initiativen, für Feste oder für Tauschpartys genutzt werden können. Für das Kulturkarree um die Stadtbibliothek braucht

es dringend ein Konzept für die Zeit, nachdem die Bücherei in die Station Mitte umgezogen ist.

Die außenliegenden Stadtteile sind vielfach von funktionierenden sozialen Strukturen geprägt, die es zu erhalten gilt. Besonders die Ortskerne der Stadtteile müsse als soziale Räume erhalten bleiben. Ortskerne brauchen immer eine grundlegende Infrastruktur, in Bürgel, Rumpenheim und Bieber, aber auch in Tempelsee und Lauterborn. Das Konzept eines Stadtteilmarktes, wie es ihn seit kurzem in Bieber gibt, sollte auf die anderen außenliegenden Stadtteile erweitert werden, um die Versorgung am Wohnort zu verbessern und Orte der Begegnung zu schaffen.

Offenbach gehört zu den wenigen Großstädten, die kein echtes Hallenbad haben. Das muss sich ändern. Das Waldschwimmbad ist zwar schön, aber ein Freibad mit Traglufthalle ist für eine wachsende Stadt wie Offenbach nicht genug. Wir setzen uns für den Bau eines zweiten Schwimmbads mit Hallenbad ein.

Die Linke fordert:

- Öffentlich zugängliche Räume als Begegnungsflächen und als Veranstaltungsräume, die von den Menschen in den Stadtteilen genutzt werden können.
- Wochenmärkte in allen Stadtteilen.
- den Erhalt und bedarfsorientierten Ausbau von Quartiersarbeit im ganzen Stadtgebiet.
- die Schaffung weiterer Jugend- und Stadtteilzentren.
- den Bau eines neuen öffentlichen Hallenbades.
- ein Konzept für das Kulturkarree.

Feministische Kommunalpolitik für Offenbach

Frauen, Lesben, inter-, nichtbinäre, trans- und agender Personen (FLINTA*¹) werden in unserer Gesellschaft noch immer aufgrund ihres Geschlechts benachteiligt, diskriminiert und unsichtbar gemacht. Sie sind häufiger von Armut betroffen, erfahren häufiger Gewalt, übernehmen deutlich mehr Sorgearbeit und sind in der Politik weniger vertreten. Dadurch werden die Belange von FLINTA* in der Politik auch weniger berücksichtigt oder sogar unter den Teppich gekehrt. Auch in Offenbach wird Politik über die Köpfe von FLINTA* hinweg gemacht.

Für uns Linke bedeutet das, dass wir Kommunalpolitik grundlegend feministisch gestalten und aus der Perspektive von FLINTA* denken müssen. Denn feministische Kommunalpolitik ist ein Querschnittsthema, das viele verschiedene Bereiche berührt: Stadtplanung, Mobilität, Sorgearbeit, sozialer Wohnraum, Gewaltschutz, Gesundheit und Verwaltung. Offenbach muss deshalb kommunalpolitische Beschlüsse auf eine Gleichstellungsperspektive für FLINTA* prüfen und im Haushalt Gelder für feministische Politik gerecht einplanen. Das Frauenbüro der Stadt soll finanziell und personell besser ausgestattet werden, um Gleichstellung in der Kommunalpolitik noch stärker zu verankern.

So wurde in der Vergangenheit die Stadtplanung eher an der Idee eines männlichen Bürgers orientiert: erwerbstätig, Autofahrer, unterwegs zwischen Arbeit und Wohnung. Diese Art der Stadtplanung vernachlässigt die Realität von FLINTA*, die für einen Großteil der Sorgearbeit, wie das Kindergroßziehen oder die Pflege von Angehörigen verantwortlich sind. Wer Sorgearbeit übernimmt, braucht eine wohnortnahe Infrastruktur - das heißt Kindergarten, Spielplatz, Supermarkt, Pflegeeinrichtung oder Ärzt*in müssen schnell erreichbar sein. Diese vielen, idealerweise kurzen Wege sollten alle gut zu Fuß, mit dem Fahrrad oder dem ÖPNV zurückgelegt werden können. Dafür braucht es gut ausgebaute Fahrradwege, barrierefreie Gehwege für Kinderwagen,

¹ FLINTA* (Frauen, Lesben, inter, nichtbinäre, trans, agender Menschen) ist ein Akronym und Sammelbegriff für Menschen, die aufgrund ihres Geschlechts im patriarchalen System diskriminiert werden. Der Begriff drückt zudem eine Solidarität unterschiedlicher feministischer Kämpfe und Identitäten aus. Das Sternchen ist ein Platzhalter für jene Personen, die sich in den Buchstaben des Akronyms nicht wiederfinden aber auch von Marginalisierung aufgrund von Geschlecht betroffen sind.

Rollstühle und Gehhilfen genauso wie ein günstiges und attraktives ÖPNV-Angebot.

Die Stadtplanung muss außerdem ein Augenmerk auf öffentliche Plätze und gut beschattete und ausgestattete Spielplätze legen, auf denen es viele Sitzgelegenheiten und Zugang zu kostenlosen öffentlichen und barrierefreien Toiletten gibt, wo Menschen ungeachtet des Geschlechts Kinder wickeln können.

Gleichzeitig darf Sorgearbeit nicht als private Aufgabe auf FLINTA* abgeladen und damit unsichtbar gemacht werden. Kommunen müssen die gesellschaftliche Bedeutung von Sorgearbeit anerkennen, als öffentliche Aufgabe begreifen und aktiv politisch gestalten. Dazu gehört die flächendeckende kostenlose Kinderbetreuung mit flexiblen Betreuungszeiten für Menschen, die zu atypischen Arbeitszeiten arbeiten und ein konsequentes Ganztagsangebot an Schulen. Ebenso muss die Pflege von Angehörigen kommunal gestützt werden.

Der fehlende bezahlbare Wohnraum trifft FLINTA* besonders hart. Sei es, weil sie häufiger von Armut betroffen sind oder weil sie häufiger Opfer von häuslicher Gewalt werden – der überhitzte Wohnungsmarkt sorgt dafür, dass sie keine Wohnung finden, auch wenn sie dringend eine benötigen. Die Linke will deshalb, dass Beratungsangebote für Betroffene häuslicher und queerfeindlicher Gewalt ausgebaut und Plätze in Gewaltschutzhäusern erweitert werden.

Die Istanbul-Konvention beschreibt ausführlich und konkret, welche Maßnahmen notwendig sind, um Frauen und Kinder vor Gewalt zu schützen. Wir setzen uns für ihre vollständige Umsetzung auf kommunaler Ebene ein. Betroffene haben ein Recht auf Beratung in psychologischer, rechtlicher und finanzieller Hinsicht. Körperliche, psychische und sexualisierte Gewalt dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Bis es so weit ist, brauchen wir gut finanzierte Frauenhäuser. Es darf nicht sein, dass FLINTA* in Not wegen ungeklärter Finanzierung oder fehlender Plätze abgewiesen werden. Deshalb muss nicht nur die Anzahl der Plätze im Offenbacher Frauen- und Kinderhaus aufgestockt werden – wir brauchen auch weitere Zufluchtsstätten, um allen Betroffenen einen sicheren Ausweg anbieten zu können. Die Bewohner*innen des Frauen- und Kinderhauses müssen dabei unterstützt werden, das Erlebte

zu verarbeiten und sich ein neues Leben aufzubauen. Das Frauen- und Kinderhaus sollte daher mehr Stellen finanziert bekommen.

Zudem muss in der Stadt Offenbach eine Beratungsstelle für Betroffene aller Gewaltformen eingerichtet werden. Zum Alltag von MLINTA*-Jugendlichen² und FLINTA*-Personen im öffentlichen Raum gehören Catcalling, Anrempeln bis hin zu sexuellen Übergriffen. Zur nachhaltigen Änderung der gesellschaftlichen Haltung, braucht es ein umfassendes, strukturell verankertes Präventions- und Bildungsprogramm, das von früher Kindheit an den respektvollen, gewaltfreien und gleichberechtigten Umgang mit MLINTA*-Jugendlichen und FLINTA*-Personen vermittelt.

Es gilt, Geschlechtergerechtigkeit zu fördern und gleichzeitig allen Kindern und Jugendlichen sichere Räume und gleiche Teilhabechancen zu ermöglichen. Dafür braucht es gut finanzierte, geschulte Fachkräfte sowie feste Schutz- und Beschwerdestrukturen in allen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen.

Auch gesundheitspolitisch muss sich Offenbach besser aufstellen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kommune zur Entstigmatisierung von Schwangerschaftsabbrüchen beiträgt. Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen und Beratungsstellen sollen besser zugänglich sein, etwa über die Homepage der Stadt oder in kommunalen Einrichtungen wie Jugendzentren. Dabei soll für Betroffene transparent aufgezeigt werden, welche Ärzt*innen in Offenbach Schwangerschaftsabbrüche durchführen und wie der rechtliche sowie finanzielle Ablauf gestaltet ist. Besonders wichtig ist es, die Beratungsstellen zu unterstützen und sicherzustellen, dass Berater*innen und FLINTA* vor Übergriffen geschützt werden. Zudem müssen Menstruationsprodukte wie Seife oder Toilettenpapier als allgemeine Hygieneprodukte begriffen und in allen öffentlichen Gebäuden und städtischen Einrichtungen kostenlos bereitgestellt werden. Dasselbe gilt auch für Verhütungsmittel.

Neben diesen Maßnahmen bleibt eine weitere Sache zentral: Wir brauchen mehr FLINTA* in der Kommunalpolitik und in der Verwaltung. Die jetzigen Strukturen schließen FLINTA* aus oder erschweren ihnen die aktive Teilhabe. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass alle politischen Ämter und Mandate

² Mädchen, Lesben, intergeschlechtliche, nichtbinäre, transgeschlechtliche und agender Jugendliche. Weitere Details siehe Definition FLINTA*.

verpflichtend mit einer Quote von mindestens 50% mit FLINTA* besetzt werden, damit dies zu einem Umdenken in der Politik und Verwaltung führt. Sorgeverantwortung von Mandatsträger*innen müssen berücksichtigt werden, zum Beispiel indem man Kinderbetreuung während kommunalpolitischer Sitzungen ermöglicht.

Unsere Vision ist, Offenbach konsequent feministisch zu gestalten – und zwar nicht als Nischenthema, sondern als grundlegende Perspektive auf Politik.

Die Linke fordert:

- feministische Kommunalpolitik als Querschnittsthema zu etablieren und hierfür bei allen Beschlüssen, Gleichstellungsperspektiven zu berücksichtigen.
- die Vollständige Umsetzung der Maßnahmen der Istanbul-Konvention auf kommunaler Ebene.
- Flächendeckende kostenlose Kinderbetreuung und kommunale Unterstützung der Pflegearbeit für Angehörige.
- die Einrichtung einer Beratungsstelle für Betroffene aller Formen von Gewalt.
- ein weiteres Gewaltschutzhaus in Offenbach und die Förderung von Gewaltpräventionsprojekten.
- Mehr Fachpersonal und mehr Plätze für das Frauen- und Kinderhaus.
- ein Präventions- und Bildungsprogramm zur Förderung von Geschlechtergerechtigkeit in allen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen mit entsprechender finanzieller und personeller Ausstattung.
- Kostenlose Menstruationsprodukte in allen öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen.
- Kommunale Maßnahmen zur Entstigmatisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und vereinfachten Zugang zu Informationen.
- eine Quote von mindestens 50% für FLINTA* bei politischen Ämtern und Mandaten.
- eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung des Frauenbüros.

Queeres Leben in Offenbach

Als Linke setzen wir uns konsequent für ein selbstbestimmtes Leben aller queeren Menschen ein. Wir stehen für eine Politik, die Gleichberechtigung, Gerechtigkeit und Respekt gegenüber allen queeren Personen fördert – unabhängig von Alter, Migrationsgeschichte, körperlicher oder psychischer Beeinträchtigung sowie sozialer Lebenssituation.

Queere Menschen sind zunehmend Anfeindungen und Diskriminierung ausgesetzt. Auf politischer Ebene werden bereits erkämpfte Rechte immer häufiger infrage gestellt. Diese Entwicklung befeuert gesellschaftliche Verrohung und führt dazu, dass Anfeindungen gegen queere Personen – auch in Offenbach – weiter zunehmen.

Wir sind überzeugt: Jeder Mensch muss die Freiheit haben, die eigene geschlechtliche Identität und sexuelle Orientierung offen und ohne Angst leben zu können. Dafür braucht es in Offenbach einen sicheren Raum für queere Gruppen, Initiativen und Projekte. In diesem soll es Möglichkeiten der Beratung, Prävention, Schulungen, Begegnungen und einen kontinuierlichen Austausch geben. Wir fordern deshalb die Bereitstellung und die finanzielle Förderung eines solchen queeren Zentrums in Offenbach.

Darüber hinaus benötigen wir in Offenbach mehr Gewaltschutzhäuser und sichere Orte für queere Menschen. Schutzräume müssen ausgebaut und gefördert werden. Wohn- und Pflegeprojekte für queere Senior*innen und pflegebedürftige queere Menschen brauchen Unterstützung, da deren Lebensrealitäten bislang oft zu wenig berücksichtigt werden.

Ein besonderer Fokus muss auf der Stärkung und dem Ausbau queerer Jugendgruppen und Projekte liegen. Schulen sollen aktiv dazu beitragen, dass queeres Leben sichtbar und akzeptiert wird – für eine Normalisierung vielfältiger geschlechtlicher Identitäten und sexueller Orientierungen im Alltag. Jugendgruppen sollen von qualifiziertem Fachpersonal betreut werden, um Schutz, Beratung und Austausch untereinander zu gewährleisten.

Wir wollen Offenbach offener und bunter. Wir fordern daher, dass die Stadt Offenbach die Infrastruktur zur Verfügung stellt, damit ein erster CSD in

Offenbach möglich werden kann. So setzt Offenbach ein klares Zeichen für Offenheit und positioniert sich an der Seite von queeren Menschen.

Wir fordern zudem die Einrichtung geschlechtsneutraler Toiletten in öffentlichen Gebäuden, um allen Menschen – unabhängig von ihrer Geschlechtsidentität – sichere und diskriminierungsfreie Orte zu bieten.

Unser Ziel ist klar: Queeres Leben muss in Offenbach sichtbar, sicher und selbstverständlich sein. So schaffen wir langfristig eine vielfältige und offene Stadtgesellschaft, in der alle Menschen respektiert und akzeptiert werden.

Die Linke fordert:

- ein queeres Zentrum für Beratung, Prävention, Schulungen und Begegnung.
- Gewaltschutzhäuser für queere Personen.
- die Stärkung und den Ausbau queerer Jugendgruppen und Projekte.
- geschlechtsneutrale, barrierefreie Toiletten in öffentlichen Gebäuden.
- die gezielte Ausrichtung von Wohn- und Pflegeprojekten auf die Bedürfnisse von queeren Senior*innen und pflegebedürftigen Menschen.
- einen CSD in Offenbach für Offenheit und Vielfalt in der Stadt.

Für ein kinder- und jugendgerechtes Offenbach

Offenbach ist, gemessen am Durchschnittsalter, eine der jüngsten Großstädte Deutschlands. Bundesweit ist der Trend jedoch ein anderer: Die Gesellschaft wird immer älter und der Anteil, der unter 18-Jährigen an der Gesamtbevölkerung schrumpft. Ihre Interessen werden oft nicht wahrgenommen oder sogar ignoriert - schließlich haben sie auch kein Wahlrecht. Dabei sind die Wünsche und Anliegen von Kindern und Jugendlichen nicht nur im Hier und Jetzt wichtig, sondern bilden auch die Grundlage für eine zukunftsgerichtete Politik. Das gilt besonders für die kommunale Ebene, auf der fast alle politischen Entscheidungen auch das direkte Lebensumfeld von Kindern und Jugendlichen betreffen.

Als Linke wollen wir, dass junge Menschen ihre Perspektive aktiv in die Kommunalpolitik einbringen können. Auf diese Weise sorgen sie mit dafür, dass die Stadt für sie attraktiv und lebenswert ist. Eine kinder- und jugendgerechte Stadt sollte also nicht nur über ein vielfältiges Angebot an Freizeit-, Kultur- und Sporteinrichtungen verfügen, sondern auch die Teilhabe junger Menschen fördern.

Kinder und Jugendliche sollen in alle politischen Entscheidungen, die sie direkt betreffen, einbezogen werden. Wir setzen uns deshalb dafür ein, das Kinder- und Jugendparlament (KJP) weiter zu stärken und das Engagement zu fördern. Das KJP sollte grundsätzlich mit einem angemessenen Budget ausgestattet sein, über das selbstständig entschieden werden kann. Darüber hinaus treten wir für ein Wahlrecht ab 16 Jahren ein.

Auch die weiteren Kinder- und Jugendverbände wie der Stadtschüler*innenrat (SSR) und der Stadtjugendring (SJR), sollen in ihrer Arbeit gestärkt werden. Sie brauchen Mitbestimmungsmöglichkeiten, Räume und Finanzmittel, über die sie selbst verwalten. Die Kinder- und Jugendverbände müssen ihre Veranstaltungen und Angebote (Freizeiten etc.) ohne große bürokratische Hürden umsetzen können.

Um Kindern und Jugendlichen ihre Schutzrechte in allen Ebenen und Lebensbereichen zu garantieren, müssen kommunale Kinder- und Jugendschutzkonzepte gestärkt und entwickelt werden. Außerdem braucht es ein Kinder- und Jugendbüro sowie eine kommunale Ombudsstelle für

Kinderrechte. Diese soll sich dafür einsetzen, dass die Interessen von Kindern und Jugendlichen berücksichtigt und die Meinungen von Vertretungen wie dem SSR, dem SJR und dem KJP eingeholt werden.

Wir wollen die Selbstorganisation junger Menschen in Offenbach auch darüber hinaus stärken. Neben mehr Jugendzentren braucht es dafür selbstverwaltete Jugendtreffs, die von der Kommune unterstützt und durch Jugendsozialarbeiter*innen begleitet werden. So können junge Menschen durch ihr Engagement Verantwortung und Teilhabe erfahren. Daneben sollte die Stadt Jugendbeauftragte benennen, die als klare Ansprechpersonen die Jugendarbeit vor Ort koordinieren und zusammenführen.

Jugendliche müssen bei eigenen Ideen und Initiativen zur Gestaltung oder Schaffung dieser Jugendtreffs von der Stadt unterstützt werden. Für Jugendzentren wollen wir mehr Workshops zu Themen, die die Jugendlichen interessieren. Das können Koch-, Musik- und Kunstkurse sein, Sportangebote, Selbstverteidigungstrainings, politische Bildungsveranstaltungen zu Antirassismus, Demokratie und Empowerment und natürlich auch Themen, die von den Jugendlichen selbst vorgeschlagen werden. In Offenbach fehlt es zudem an Räumen für queere Jugendliche, in denen sie sich treffen und vernetzen können und von Sozialarbeiter*innen begleitet werden. Diese Räume sollen queeren Jugendlichen als sichere Räume dienen, in denen sie sich frei entfalten können.

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Mobilität. Als ersten Schritt hin zu einem fahrscheinlosen Nahverkehr für alle fordern wir kostenlose Tickets für Schüler*innen und Auszubildende für den öffentlichen Nahverkehr, möglichst in Form eines Deutschlandtickets. Musik- und Sportangebote müssen ebenfalls für Kinder und Jugendliche offen und erschwinglich sein. Wir wollen zudem eine stärkere Förderung von Jugendfreizeiteinrichtungen sowie kostenlosen Eintritt für Kinder und Jugendliche in städtische Museen und Theater. Der Eintritt fürs Waldschwimmbad soll für Kinder umsonst sein.

Die Offenbacher Stadtbibliothek und die Kinderbibliothek sind für viele Kinder und Jugendliche wichtige Orte der Weiterbildung. Sie erfüllen aber auch die Funktion eines Lernraums und bieten für viele die einzige Möglichkeit, in Ruhe an einem PC mit Internetzugang arbeiten zu können. Diese Aufgaben müssen die Stadtbibliothek bzw. die Kinderbibliothek auch bis zum Umzug in

die Station Mitte erfüllen. Es darf also nicht an der finanziellen und räumlichen Ausstattung gespart werden. Außerdem sind längere Öffnungszeiten notwendig. Der Bücherbus muss erhalten bleiben.

Kinder dürfen bei der Stadtplanung nicht vergessen werden. In allen Offenbacher Stadtteilen braucht es gut gepflegte, moderne und hitzegeschützte Spielplätze, die auch über inklusive Spielgeräte verfügen. Für ältere Kinder und Jugendliche fehlen Aufenthaltsmöglichkeiten in der Stadt, vor allem in dicht besiedelten Wohngebieten. Damit Jugendliche in Offenbach das Gefühl bekommen, als Mitbürger*innen gleichberechtigt zu sein, ist es wichtig, sie nicht als Störfaktoren zu sehen, sondern ihnen Platz im Stadtbild zu geben. Deshalb dürfen Orte, an denen Jugendliche ihre Freizeit verbringen können, nicht systematisch aus dem Stadtbild verschwinden - selbst wenn es sich nur um eine Parkbank handelt. Wir brauchen zudem mehr frei zugängliche Sportplätze, Fußballtore und Basketballkörbe, genauso wie Calisthenics-Parks oder Parcours-Trainingsanlagen, wie es sie im Senefelder Quartierspark gibt. So können junge Menschen in Offenbach ohne Extrakosten Sport treiben und sich gleichzeitig Orte in der Stadt aneignen. Das kann sowohl ihr Selbstbewusstsein, als auch die Identifikation mit ihrem Wohnumfeld stärken. Anstatt mehr Kontrollen und Verweise durch Polizei oder Ordnungsamt, brauchen wir mehr aufsuchende Sozialarbeit.

Die Linke fordert:

- die Politische Teilhabe junger Menschen zu fördern – KJP, SSR und SJR müssen gestärkt und finanziell unterstützt werden.
- Mehr Jugendzentren und die Unterstützung von selbstverwalteten Jugendtreffs, Räume für queere Jugendarbeit.
- Mehr Sozialarbeiter*innenstellen in der aufsuchenden Jugendarbeit.
- Ein kommunales Kinder- und Jugendschutzkonzept, eine kommunale Ombudsstelle für Kinderrechte und die Ernennung von Jugendbeauftragten.
- Mehr Workshops zu politischer Bildung, Antirassismus, Kunst, Kultur und Sport.
- Längere Öffnungszeiten für die Stadtbibliothek bzw. die Kinderbibliothek.
- Mehr Spielplätze für alle Altersgruppen und öffentliche Sportflächen für Jugendliche, vor allem in verdichteten Wohngebieten.

- Günstige bzw. kostenlose Musik- und Sportangebote und kostenlosen Eintritt in Schwimmbad, Museen und Theater.

Für ein seniorenrechtliches Offenbach

Offenbach ist Hauptstadt der Hundertjährigen in Hessen. Die Menschen werden immer älter und das ist eine positive Entwicklung! Doch stellt es uns als Gesellschaft und besonders auch als Kommune vor verschiedene Herausforderungen. Als Linke wünschen wir uns eine Stadt, die dem demographischen Wandel mit Solidarität begegnet. Dafür braucht es eine gerechte Verteilung der Sorgeverantwortung, eine gute Infrastruktur und Zusammenarbeit der sozialen Einrichtungen, einen fairen ÖPNV und besonders auch barrierefreien, günstigen Wohnraum.

Die Wohnungskrise betrifft Senior*innen in Offenbach auf mehreren Ebenen. Viele leben in zu großen Wohnungen, die sie aber aufgrund des überhitzten Wohnungsmarktes nicht aufgeben können. Das kann sich nicht nur finanziell negativ auswirken, sondern leistet auch Vereinsamung Vorschub. Wir wollen, dass Senior*innen in Offenbach selbstbestimmt wohnen und leben können. Es braucht daher viel mehr Mehrgenerationenhäuser, in denen man zu günstigen Mietpreisen und in Gemeinschaft wohnen kann. Die Stadt muss mehr dafür tun, dass solche Mehrgenerationenhäuser oder sogar – siedlungen entstehen. Zudem muss das Wohnungstauschprogramm der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GBO neu und viel größer aufgelegt werden. Wer bereit ist, seine Wohnung zu tauschen, weil sie zu groß für die aktuellen Bedürfnisse ist, soll in der neuen Wohnung eine Miete zahlen, die sich am Quadratmeterpreis der alten Miete orientiert. Die Stadt soll sich in einer begleitenden Kampagne bemühen, auch bei privaten Vermieter*innen für eine Beteiligung zu werben, um den Pool für Wohnungstauschs zu vergrößern.

Außerdem muss dem Mangel an günstigem, altersgerechtem Wohnraum begegnet werden. Die Quoten für barrierefreie Wohnungen, die nach der Hessischen Bauordnung im Neubau errichtet werden müssen, sollten da wo es möglich ist, noch übertroffen werden. Die Stadt muss hierfür mehr auf private Bauherren zugehen und sich für den Bau barrierefreier, senior*innengerechter Wohnungen einsetzen. Darüber hinaus braucht auch es auch viel mehr öffentlich geförderten und damit günstigen barrierefreien Wohnraum. Insbesondere die städtische GBO muss hier mit gutem Beispiel vorangehen.

Für viele Menschen ist es sehr wichtig, den öffentlichen Personennahverkehr nutzen zu können, um mobil zu sein. Mobilität darf keine Frage des

Geldbeutels sein. Es muss sichergestellt werden, dass Senior*innen mobil bleiben können. Denn nur so ist die selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen und familiären Leben möglich. Deshalb müssen die Preise für Tagestickets bzw. Einzelfahrscheine für Senior*innen reduziert werden. Wir fordern für Senior*innen ein reduziertes, am besten kostenfreies, Deutschlandticket. Die Stadt Offenbach soll sich im Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) dafür einsetzen, dass es ermäßigte Deutschlandtickets gibt.

Die Stadt muss zudem weiter an der Verbesserung der Barrierefreiheit bei den Einrichtungen des ÖPNV arbeiten. Das hilft auch denen sehr, die mit unterschiedlichen altersbedingten Einschränkungen zu kämpfen haben.

Wir fordern, dass im öffentlichen Raum mehr Sitzgelegenheiten aufgestellt werden. Mehr Bänke sind auch auf den Offenbacher Friedhöfen notwendig.

Für viele Menschen ist Mobilität auch eine Frage der Erreichbarkeit von Toiletten. Wir setzen uns dafür ein, dass in der Stadt mehr Toiletten ohne Konsumpflicht zur Verfügung stehen. Die Stadt hat hierzu auf Anträge unserer Fraktion hin Anläufe unternommen, private Kooperationspartner zu gewinnen, leider mit wenig Erfolg. Daher fordern wir nunmehr verstärkt die Einrichtung und den Betrieb barrierefreier und attraktiver öffentlicher, kostenloser Toiletten durch die Stadt, um eine ausreichend hohe Dichte des Angebotes zu erreichen. Weiteren Abrissen oder Umwidmungen, insbesondere am Grünring, stellen wir uns entgegen.

Senior*innen sind, nicht nur aufgrund von Altersarmut, besonders häufig von Vereinsamung und sozialer Isolation betroffen. Wir wollen, dass die Stadt dem mit mehr und vielfältigeren Angeboten in Begegnungsstätten in allen Stadtteilen entgegenwirkt. Workshops und Beratungsangebote zu Digitalisierung oder Sport und Ernährung stärken die soziale Teilhabe, fördern Eigenständigkeit und Prävention – wir wollen, dass die Stadt für viele solcher Angebote in den Nachbarschaften sorgt! Dabei braucht es auch mehr interkulturelle bzw. kultursensible Angebote, denn die Zahl von Senior*innen mit Migrationshintergrund wächst in Offenbach stetig. Die diversen Communities in Offenbach sollten hier aktiv miteinbezogen werden.

Die Verfügbarkeit von Alten- und Pflegeheimplätzen wird der Nachfrage schon jetzt kaum gerecht, dasselbe gilt für die ambulante Versorgung. Dazu kommt

der akute Fachkräftemangel beim Pflegepersonal. Als Linke wollen wir diesem Notstand auch auf kommunaler Ebene etwas entgegensetzen. Es braucht eine intensive Zusammenarbeit von Kommunen, Trägern der Senior*innenhilfe, Pflegeeinrichtungen, Quartiersbüros und natürlich auch den Senior*innen sowie Angehörigen selbst, um lokale Versorgungsstrukturen aufzubauen, zu vernetzen und zu stärken. Ehrenamtliche Hilfe durch Familie, Freunde oder Nachbarn muss Unterstützung erfahren, durch einen Ausbau von mobilen und digitalen Beratungsstellen, Informationen über und die Schaffung von Entlastungsangeboten und wohnortnahen Dienstleistungen.

Zudem müssen Maßnahmen zum Schutz der Senior*innen vor Hitze, beispielsweise durch öffentliche kühle Orte und klimatisierte Aufenthaltsräume ausgebaut werden.

Der Seniorenrat ist eine Einrichtung, der die Interessen älterer Menschen gegenüber der Stadt vertritt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stellungnahmen des Seniorenrats bei allen relevanten Entscheidungen berücksichtigt werden.

Die Linke fordert:

- Mehr Mehrgenerationenhäuser in Offenbach, ein groß angelegtes Wohnungstauschprogramm der GBO, mehr günstigen und barrierefreien Wohnraum.
- Mehr Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum, mehr kostenlose öffentliche Toiletten, die auch barrierefrei sind.
- Mehr Begegnungsstätten für Senior*innen, vielfältige und interkulturelle Angebote.
- lokale Versorgungsstrukturen aufzubauen und ehrenamtliche Hilfen zu stärken.
- den Ausbau der Hitzeschutzmaßnahmen.
- die Stärkung des Seniorenrats.
- Günstigere ÖPNV-Fahrkarten für Senior*innen: Reduziertes, am besten kostenfreies, Deutschlandticket.

Offenbach inklusiv und barrierefrei

In Deutschland leben rund 7,9 Millionen Menschen mit schweren Behinderungen. Nur drei Prozent von ihnen haben ihre Behinderung von Geburt an. Wir wollen ein Offenbach, in dem alle Menschen gut leben können. Barrierefreiheit und Inklusion müssen das Leitbild für die Gestaltung der gesamten Stadt sein. Bildungseinrichtungen wie Schulen und Kindertagesstätten müssen barrierefrei sein, um echte Inklusion zu gewährleisten. Wir setzen uns dafür ein, dass Nutzungsbarrieren weiter abgebaut werden.

Der öffentliche Raum in Offenbach ist voller unnötiger Barrieren. Es müssen noch viele Bürgersteige abgesenkt werden, damit sie für Menschen mit Geh- und Bewegungseinschränkungen besser nutzbar sind. Auch der Zustand der Gehwegoberflächen im Stadtgebiet muss künftig mehr Aufmerksamkeit erfahren. Für Menschen mit Seheinschränkungen sind deutliche optische oder akustische Kennzeichnungen von Gefahrenstellen im öffentlichen Raum notwendig. Ebenfalls erforderlich ist eine vollständige Ausstattung öffentlicher Plätze mit Bodenindikatoren, um blinden bzw. sehbehinderten Menschen die Orientierung zu erleichtern und ihnen so ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Es braucht zudem dringend gute, barrierefreie Lösungen für die vielen Baustellen, die immer wieder Bürgersteige und Wege blockieren.

Es fehlen in Offenbach kostenlose, barrierefreie öffentliche Toiletten. Diese würden es auch Menschen mit eingeschränkter Mobilität erleichtern, sich länger draußen aufzuhalten. Hier sehen wir noch großen Nachholbedarf.

Wir fordern, den ÖPNV in Offenbach weiter so aus- und umzubauen, dass dieser vollständig barrierefrei nutzbar ist. Dies umfasst sowohl alle Fahrzeuge als auch Haltestellen und Bahnhöfe. Da, wo diese nicht im Besitz der Stadt Offenbach sind, muss die Stadt auf die Eigentümer einwirken, dass Umbauarbeiten zeitnah durchgeführt werden. Die oberste Leitlinie beim Aus- und Umbau muss immer sein, dass ein selbstbestimmtes Reisen aller Menschen möglich ist.

Auch Behörden und andere öffentliche Einrichtungen sollen barrierefrei sein. Das gilt für die Zugänge, aber auch für ihre Kommunikation. Wir fordern, dass Behörden einfache Sprache benutzen und ihre Informationen und Bescheide

verständlich gestalten. Zusätzlich dazu sollen Informationen auch in Leichter Sprache verfügbar sein.

Für Menschen mit körperlichen Einschränkungen ist Wohnraum knapp und teuer. Wir fordern, dass bei Neubauten mehr als 20 % der Wohnungen barrierefrei errichtet werden. Diese Wohnungen sollen preisgebunden und somit günstig sein.

In der UN-Behindertenrechtskonvention wurden die Menschenrechte für Menschen mit unterschiedlichen Einschränkungen präzisiert. Diese gilt es umzusetzen. Wir setzen uns generell dafür ein, dass der Kommunale Aktionsplan Inklusion rasch realisiert wird. Dies ist jedoch nur möglich, wenn die Verwaltung ausreichend Arbeitszeit in die Umsetzung investiert. Deshalb fordern wir eine entsprechende Aufstockung der Stellen in den zuständigen Behörden.

Die Linke in Offenbach will die Vielfalt in der Stadt fördern, da wir sie als Bereicherung, Stärke und Chance betrachten. Dabei ist es uns besonders wichtig, Menschen in ihren unterschiedlichen Bedarfen zu unterstützen.

Die Linke fordert:

- die barrierefreie und inklusive Umgestaltung des öffentlichen Raumes.
- Mehr kostenlose, barrierefreie öffentliche Toiletten.
- einen vollständig barrierefreien ÖPNV.
- einfache und Leichte Sprache in der Stadtverwaltung zu etablieren.
- mehr als 20% der Wohnungen im Neubau barrierefrei zu errichten.
- die beschleunigte Umsetzung der Maßnahmen des Kommunalen Aktionsplans Inklusion.

Digitale Souveränität für Offenbach

Offenbach braucht eine eigene Digitalstrategie, deren zentrales Ziel die digitale Souveränität der Kommune und ihrer Bevölkerung ist. Wir müssen den Datenschutz der Offenbacher*innen gewährleisten und die Sicherheit der kommunalen IT-Infrastruktur sicherstellen - von der Stromversorgung bis zum Server. Dabei ist eine Abhängigkeit von US-amerikanischen Tech-Konzernen zu vermeiden. Anstatt einzelne Modellprojekte mit großem Namen wie „Open Smart City“ oder „Makerspaces“ voranzutreiben, sollte sich die Stadt auf eine langfristige Strategie festlegen und diese verfolgen. Dazu sind Qualifikationen in der kommunalen Verwaltung und bei den Offenbacher*innen sowie eine intensive Zusammenarbeit mit anderen Kommunen erforderlich.

Offenbach braucht intelligente Verkehrsleitsysteme, barrierefreie digitale Bürgerdienste, mehr Transparenz der öffentlichen Verwaltung durch öffentlich verfügbare Daten und sichere, digitale Energiesysteme vor Ort.

Das fängt beim Ausbau der technischen Infrastruktur an. Der Breitbandausbau sollte nicht nach Wirtschaftlichkeit, sondern nach dem Bedarf von der Kommune selbst organisiert werden. Flächendeckendes, schnelles Internet muss Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge werden. An öffentlichen Plätzen und in allen kommunalen Gebäuden soll offenes, kommunales WLAN eingerichtet werden. Dabei wollen wir vor allem Ideen im Sinne des Freifunk-Projekts fördern.

Durch die Erweiterung des Internetknotens DE-CIX ist Offenbach zu einem Hotspot für Rechenzentren geworden. An vielen Stellen siedeln sich Unternehmen an, die Rechenleistung verkaufen, dabei viel Strom verbrauchen und Abwärme erzeugen. Die Stadtgesellschaft muss stärker von diesen Ansiedlungen profitieren. Sie sollten daher umweltgerecht sein und beispielsweise Abwärme zur Verfügung stellen.

Wir wollen E-Governance stärken und zentrale Behördengänge online planbar und über das Internet verfügbar machen. So ermöglichen wir unter anderem Menschen mit körperlichen Einschränkungen den Zugang zu den Diensten der Verwaltung, harmonisieren Verwaltungsabläufe und sparen letztlich Ressourcen. Die Angebote dürfen keine Sprachbarrieren erzeugen und sind daher in den gängigsten Fremdsprachen sowie in einfacher Sprache und

Leichter Sprache zu realisieren. Zudem muss geprüft werden, wie Gebärdensprache in die Angebote integriert werden kann, um gehörlosen und schwerhörigen Menschen eine vollständige Nutzung zu ermöglichen. Die im Zuge der öffentlich vorangetriebenen Digitalisierung erhobenen Daten müssen in anonymisierter, datenschutzgerechter Form frei, kostenlos und ohne Einschränkungen als Open Data zur Verfügung stehen.

Die Grundsätze von Datenschutz und Persönlichkeitsrechten müssen gewahrt bleiben. Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen lehnen wir entschieden ab. Der Verkauf von Daten der Bürger*innen an private Unternehmen muss unterbleiben. Bei der Verarbeitung von Daten der Bürger*innen werden diese auf bestehende Opt-Out³-Möglichkeiten hingewiesen.

Die aufblühende Hacker- und Makerspace-Kultur ist die Grundlage neugierigen Experimentierens in der Schnittmenge zwischen Technologie, Wissenschaft und Kunst. Offenbach als Kreativstadt fördert diese Kultur aktiv. Wir unterstützen den kreativen Umgang mit Technologie und dementsprechend auch die Hacker- und Makerspace-Bewegung sowie weitere Vereine wie den Digital Retro Park.

Digitalisierung braucht Demokratisierung! Wir setzen uns für die Umstellung der IT-Infrastruktur der Offenbacher Verwaltung, ihrer Eigenbetriebe und des Stadtkonzerns auf freie Software ein. Der konsequente Einsatz offener Software reduziert die laufenden IT-Infrastrukturkosten in erheblichem Maß durch den Wegfall der Lizenzkosten proprietärer Software. Zudem wird die Abhängigkeit von einzelnen großen IT-Unternehmen, die mehrheitlich aus den USA stammen, verringert.

Die Linke fordert:

- Daten und Persönlichkeitsrechte der Offenbacher*innen sowie die kommunale IT-Infrastruktur sichern.
- eine umfassende Digitalstrategie für Offenbach, die sich am Ziel der digitalen Souveränität ausrichtet.

³ Opt-Out ist ein Verfahren, bei dem aktiv Widerspruch werden kann, dass Personenbezogene Daten für bestimmte Aufgaben genutzt werden dürfen.

- die Verpflichtung aller Rechenzentren zur Nutzung von 100 % Ökostrom und zur Speicherung der öffentlich zur Verfügung zu stellenden Abwärme.
- Ausbau und Angebot von Breitbandanschlüssen in kommunaler und/oder genossenschaftlicher Hand, offenes WLAN in allen kommunalen Gebäuden und Förderung von „Freifunk“.
- barrierefreie digitale Bürgerdienste und mehr Transparenz der Verwaltung.
- die Nutzung freier, quelloffener Software in Verwaltung, Stadtkonzern und Eigenbetrieben.
-

Offenbachs Finanzen in eigener Hand

Offenbach sollte selbst über seine Finanzen entscheiden können. Dies ist aber weitgehend gar nicht mehr möglich, weil die Finanzierung und die Gesetze von Bund und Land Offenbach wie andere Kommunen in zu starre Korsette zwängen. Hier muss endlich eine Kehrtwende hin zu mehr Selbstverwaltung und Selbstbestimmung in finanziellen Fragen stattfinden.

Notwendig auf Bundesebene ist zudem eine gerechtere Steuerpolitik, die hohe Einkommen und auch Vermögen besonders zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben heranzieht. Wir fordern auf Bundesebene eine „Millionär*innensteuer“, die direkt den Länder- und Kommunalhaushalten zugutekommt.

Offenbach muss gemeinsam mit den anderen Kommunen lauter denn je dafür eintreten, dass Bund und Land gemäß dem Konnexitätsprinzip die vollen Umsetzungskosten für die von ihnen auferlegten Pflichtaufgaben übernehmen!

Die Kommunen müssen finanziell so ausgestattet sein, dass sie ihre Infrastruktur selbst erhalten und weiterentwickeln können, ohne durch ihre Abhängigkeit von Fördermitteln dabei gegängelt zu werden und in Konkurrenz zueinander treten zu müssen.

Anstatt wie lange Jahre üblich Grundstücke zur Erzielung von Einnahmen zu verkaufen, darf die Stadt ihre Grundstücke nur noch in Erbpacht vergeben. Nur so bleibt ihre Handlungsfähigkeit auch für zukünftige Generationen gesichert.

Unterbietungswettbewerbe bei der Grund- und Gewerbesteuer sind ebenso abzulehnen wie der faktische Zwang für notleidende Kommunen, die Belastungen ihrer Einwohner als einzige verfügbare Stellschrauben grenzenlos zu erhöhen. Eine moderate Anhebung des Gewerbesteuersatzes auf das Frankfurter Niveau, um eine Senkung der Grundsteuer B zu ermöglichen, halten wir hingegen für angemessen.

Die Linke fordert:

- die moderate Anhebung der Gewerbesteuer zur Senkung der Grundsteuer B.
- den Verzicht auf den Verkauf städtischer Grundstücke und stattdessen die ausschließliche Vergabe in Erbpacht.
- Der Magistrat muss sich bei Bund und Land dafür einsetzen, dass alle übertragenen Pflichtaufgaben aufwandsgerecht bezahlt werden.

Kunst und Kultur in Offenbach

Offenbach ist eine Stadt voller Künstler*innen, Musiker*innen und vielfältiger Kultureinrichtungen. Der Zugang zu Kultur darf niemals von sozialer Herkunft oder finanziellen Möglichkeiten abhängen. Deshalb braucht es einerseits eine kommunale Förderung, die gezielt auch Kunst- und Kulturschaffende direkt unterstützt. Zum anderen fordern wir, dass die Stadt darauf hinarbeitet, eine Kooperation mit der Stadt Frankfurt einzugehen, um einen gemeinsamen Kulturpass umzusetzen und damit auch Offenbacher*innen wie Frankfurter*innen mit wenig Geld die kulturellen Angebote beiderseits des Mains zugänglich zu machen.

Kultur ist auch ein zentraler Bestandteil von Bildung. Kinder und Jugendliche müssen frühzeitig und ohne Hürden die Chance erhalten, verschiedene Facetten von Kultur kennenzulernen und kulturelle Fähigkeiten zu entwickeln. Einen wichtigen Zugang bieten Medien aller Art. Daher ist es unerlässlich, die Öffnungszeiten der Stadtbibliothek zu verlängern und die Kinder- und Jugendbibliothek besser auszustatten. Der Bücherturm soll auch nach Auszug der Stadtbibliothek als öffentlicher Raum erhalten bleiben. Auch das bewährte Angebot des Bücherbusses muss erhalten bleiben.

Um das breite Kulturangebot in Offenbach erfahrbar zu machen, müssen Theater und Museen für Kinder und Jugendliche kostenfrei zugänglich sein. Kinder- und Jugendtheaterprojekte benötigen mehr finanzielle Unterstützung. Die Zusammenarbeit mit Kitas und Schulen wollen wir ausbauen und die Angebote sichtbarer machen. Das JugendKunstMobil ist ein wichtiger Bestandteil kreativer Bildung in Offenbach. Kunst und Kultur dürfen nicht nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten oder als Teil des Stadtmarketings betrachtet werden – der Zugang zu Kultur ist ein Grundrecht und Voraussetzung für persönliche Entfaltung.

Es ist essenziell, die künstlerische Vielfalt in Offenbach zu erhalten und Künstler*innen unterschiedlichster Sparten Räume zum Arbeiten zu geben. Wir wollen der Lebens- und Arbeitsrealität vieler Kunstschaffender gerecht werden. Künstler*innen brauchen dauerhafte Ateliers, Proberäume und Flächen, um ihre Ideen zu verwirklichen. Kunst im öffentlichen Raum ist dabei ein wichtiger Ausdruck demokratischer und gesellschaftlicher Vielfalt: Sie macht Kunst für alle sichtbar, schafft Begegnungsorte und fördert den Dialog

zwischen unterschiedlichen Menschen. Musiker*innen benötigen Proberäume und Studios, die nicht nur zur Zwischennutzung, sondern dauerhaft zur Verfügung stehen.

Künstler*innen müssen in ihrem Schaffen aktiv unterstützt werden, denn die Arbeitsbedingungen im Kulturbereich sind oft prekär. Offenbach lebt von einer einzigartigen Vielfalt an persönlichen und musikalischen Hintergründen. Es fehlen jedoch Strukturen, die gemeinsame Räume für Pflege, Entwicklung und Aufführung auch traditioneller Musikrichtungen bieten. Nur mit einer lebendigen Musikszene können die Angebote der Musikschule nachhaltig wirken und Kinder sowie Jugendliche an verschiedene musikalische Traditionen herangeführt werden.

Die Arbeit der Musikschule und anderer Träger ist ein wichtiger Grundstein für die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen. Die Musikschule braucht mehr Unterstützung und Kooperationen, um ihre Angebote noch näher zu den Menschen zu bringen. Auch hier gilt: Der Zugang zu musikalischer Bildung muss für alle Kinder offen sein – unabhängig vom Einkommen der Eltern oder von besonderen Begabungen.

Ein weiterer wichtiger Bereich ist die Erinnerungspolitik, vor allem im Hinblick auf die NS-Vergangenheit Offenbachs. Es ist unerlässlich, die Erinnerung an die Opfer von Faschismus und Rassismus lebendig zu halten und weiterhin sichtbar zu machen. Erinnerungskultur ist ein Akt der politischen Verantwortung, der antifaschistische Haltung und gesellschaftliche Solidarität stärkt. Wir setzen uns dafür ein, dass Gedenkort, Bildungsangebote und öffentliche Veranstaltungen in Offenbach weiter erhalten und aktiv gefördert werden.

Kommunale Kulturpolitik muss zudem die Innenstadtentwicklung aktiv mitgestalten, um lebendige und inklusive Orte zu schaffen, die zum Verweilen und zur Begegnung einladen. Öffentliche Räume ohne Konsumzwang, ob drinnen oder draußen können als kleine soziokulturelle Zentren Publikum anziehen und Interaktion fördern. Sie können Theater-, Film- und anderen Formen von Kunst eine Bühne bieten. Die Entwicklung von Kulturvierteln sowie die Bereitstellung von bezahlbarem Wohn- und Arbeitsraum sind zentrale Voraussetzungen für eine kreative und inklusive Gemeinschaft in Offenbach.

Die Linke fordert:

- Zugang zu Kunst und Kultur für alle. Kunst und Kultur sind keine Waren, deren Wert an wirtschaftlichen Maßstäben gemessen werden kann.
- die Förderung von Kinder- und Jugendtheaterprojekten und die Verstärkung der Kooperation mit Kitas und Schulen.
- Mehr Ateliers, Galerien, Proberäume und Flächen für Künstler*innen und Musiker*innen zur dauerhaften Nutzung.
- Mehr öffentliche Räume als Bühne für unterschiedlichste Kunstformen.
- die Förderung von nicht-kommerziellen Kunst- und Kulturstätten.
- die intensive Fortführung der Erinnerungsarbeit an die Offenbacher NS-Vergangenheit.
- die Förderung musikalischer Aktivitäten in der ganzen Breite der vorhandenen Traditionen.
- die Förderung einer lebendigen Musikszene als wichtigem Element einer inklusiven und integrativen Stadtgesellschaft.
- den Erhalt des Bücherturms als öffentlichen Raum.

Ein lebenswertes Offenbach für Mensch und Tier

Wir setzen uns in Offenbach für eine Stadt ein, die ihrer Verantwortung gegenüber Tieren gerecht wird – durch aktiven Tierschutz, ethische Grundsätze und den Schutz aller Lebewesen. Tiere sind Teil unseres urbanen Lebens, und ihr Wohlbefinden ist ein Spiegel unserer gesellschaftlichen Werte. Deshalb fordern wir konkrete Maßnahmen, die das Leid von Tieren reduzieren, Lebensräume erhalten und das Bewusstsein für einen respektvollen Umgang mit nicht-menschlichen Lebewesen stärken.

Die heutigen Stadtauben sind durch jahrhundertelange Zucht auf den Menschen angewiesen und können ohne unsere Hilfe nicht überleben. Statt sie zu verdrängen oder zu ignorieren, brauchen sie ein nachhaltiges und ganzheitliches Stadtaubenmanagement, das Tierschutz und öffentliche Interessen wie Hygiene und Gebäudeschutz in Einklang bringt. Wir fordern die flächendeckende Etablierung betreuter Taubenschläge. In diesen sollen Eier gegen Attrappen ausgetauscht werden, um die Population tierschutzgerecht zu regulieren. Gleichzeitig muss artgerechtes Futter bereitgestellt werden, um Mangelernährung und verzweifelter Bettelverhalten zu verhindern. Statt pauschaler Fütterungsverbote setzen wir uns für kontrollierte Fütterungskonzepte ein, die Tauben vor Hunger und Krankheiten schützen. Ergänzend müssen mehr Wasserstellen in Offenbach eingerichtet werden – besonders in den heißen Sommermonaten. Zudem sprechen wir uns klar gegen Taubenrennen, Hochzeitstauben und Trainingsflüge aus, die mit großem Tierleid verbunden sind. Offenbach soll sich auf Landes- und Bundesebene für ein generelles Verbot dieser Praktiken einsetzen.

Freilebende Katzen sind ein fester Bestandteil Offenbachs. Ihr Leben ist jedoch oft von Hunger, Krankheiten und einem frühen Tod geprägt. Die Ursache liegt in der unkontrollierten Vermehrung nicht kastrierter Tiere, die ausgesetzt wurden oder entlaufen sind. Deshalb fordern wir die Einführung einer Katzenschutzverordnung gemäß § 13b des Tierschutzgesetzes. Alle Freigängerkatzen müssen kastriert, gekennzeichnet und registriert werden, um eine unkontrollierte Fortpflanzung zu verhindern und entlaufene Tiere ihren Halter*innen zugeordnet werden können. Die Stadt Offenbach soll jährlich Kastrationsaktionen in Zusammenarbeit mit Tierschutzorganisationen und Tierärzt*innen durchführen und finanziell unterstützen. Zudem brauchen

wir betreute Futterstellen, die von registrierten Tierschutzvereinen oder Ehrenamtlichen betrieben werden. Ein zentraler Bestandteil der Verordnung ist die Aufklärung: Viele Katzenhalter*innen sind sich der Folgen unkastrierter Freigängerkatzen nicht bewusst. Deshalb soll Offenbach Informationsmaterialien bereitstellen. Ebenfalls müssen Schulen und Kitas eingebunden und in betroffenen Gebieten gezielt Aufklärung betrieben werden. Eine Katzenschutzverordnung schützt nicht nur die Tiere selbst, sondern auch heimische Wildtiere, die durch zu viele Katzen bedroht werden.

Das stille Artensterben von Insekten, Vögeln und anderen Wildtieren hat gravierende Folgen für Ökosysteme, Landwirtschaft und das Klima. Offenbach kann hier eine Vorreiterrolle einnehmen, indem es lebensfreundliche Räume schafft und schützt. Wir fordern die Umwandlung von Zierrasen in artenreiche Wildblumenwiesen auf öffentlichen Flächen, den Verzicht auf Pestizide und die Förderung naturnaher Gärten und Balkone. Nisthilfen für Wildbienen, der Erhalt von Totholz, Hecken und Brachen sowie die Reduzierung von Lichtverschmutzung sind weitere wichtige Schritte, um Lebensräume zu erhalten. Besonders in heißen Sommermonaten brauchen Wildtiere Zugang zu Wasser. Deshalb fordern wir dauerhafte Tränken in Parks und auf öffentlichen Flächen sowie Kampagnen, die Bürger*innen ermutigen, selbst Wasserstellen anzubieten. Zudem muss die Versiegelung von Böden gestoppt und die Entsiegelung unnötig befestigter Flächen gefördert werden, um Lebensräume zu erhalten und das Stadtklima zu verbessern.

Die Linke fordert:

- Etablierung betreuter Taubenschläge mit tierschutzgerechter Populationsregulierung
- Artgerechte Fütterungskonzepte statt pauschaler Fütterungsverbote
- Einrichtung von Wasserstellen in der Stadt
- Verbot von Taubenrennen, Trainingsflügen und Hochzeitstauben im Stadtgebiet der Stadt Offenbach
- Einsatz für ein bundesweites Verbot von Taubenrennen, Hochzeitstauben und Trainingsflügen
- Kastrations-, Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für Freigängerkatzen
- Jährliche, bezuschusste Kastrationsaktionen in Zusammenarbeit mit Tierschutzorganisationen und Tierärzt*innen

- Rechtssichere Genehmigung und Unterstützung von betreuten Futterstellen
- Gezielte Aufklärung über die Notwendigkeit von Kastration und verantwortungsvoller Tierhaltung
- Umwandlung von Zierrasen in Wildblumenwiesen und Verzicht auf Pestizide auf kommunalen Flächen
- Förderung naturnaher Gärten und Balkone durch Beratung und Anreize
- Schaffung von Nisthilfen für Wildbienen und Erhalt von Totholz, Hecken und Brachen
- Reduzierung von Lichtverschmutzung durch tierfreundliche Beleuchtung
- Einrichtung dauerhafter Wasserstellen für Wildtiere und Kampagnen zur Bürgerbeteiligung
- Stopp der Versiegelung und Förderung der Entsiegelung von Flächen